

# Einblicke

Bezirksregierung Düsseldorf



# Vorwort

Birgitta Radermacher, Regierungspräsidentin



Liebe Leserinnen und Leser,

die schlimmen Bilder der Flutkatastrophe haben wir immer noch im Kopf. Die Bezirksregierung hat über das Dezernat Gefahrenabwehr unmittelbar Hilfe in den betroffenen Gebieten geleistet, war aber auch zum Beispiel vor Ort an den Deichen. Das Thema wird uns noch eine ganze Weile beschäftigen.

Hilfs- und Förderprogramme liefern und laufen über die Schreibtische meiner Behörde, Fragen der Deichsicherheit, des Hochwasserschutzes und der Überschwemmungsflächen müssen neu gedacht werden.

Sicherheit war und ist aber auch in anderen Lebensbereichen ein wichtiges Thema. Denn auch in 2021 hat uns die Corona-Pandemie nicht losgelassen – so zum Beispiel in Fragen des Arbeitsschutzes, der Wirtschaftshilfen oder in den Schulen.

Trotz aller ungewöhnlicher Ereignisse läuft auch die ganz „normale“ Arbeit weiter: Planfeststellungsverfahren in der Industrie, für Straßen, Schienen, Versorgungsleitungen oder Flughäfen; Förderprogramme für Kommunen, Denkmalbauten, Kultur und Sport, regionale Entwicklung, usw.

Spannend ist zu sehen, dass dabei immer mehr moderne Technologien Einzug halten. So arbeitet die Ruhrunterhaltung mit Unterwasserdrohnen und erste Unternehmen wagen den Schritt in die Wasserstoff-Technologie, um ihren künftigen Energiebedarf zu sichern.

All diese Themen finden Sie in diesem Heft wieder. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewähren Ihnen einmal mehr **EINBLICKE** in ihre abwechslungsreichen Tätigkeiten – für die wir übrigens immer wieder neue Mitstreiter suchen und junge Menschen ausbilden. Auch das ist ein Thema dieser Ausgabe.

Ein interessantes Lese-Erlebnis wünscht Ihnen

A handwritten signature in blue ink, reading 'Birgitta Radermacher'.

Birgitta Radermacher

# Inhalt

Drohnen und Sprengstoff im Visier	4
Die erste Anlaufstelle in der Krise	7
Die neue Regionalplanerin	10
Beamtentugenden wachen über die Bezirksregierung	12
Hochwasserschutz ist Gemeinschaftsaufgabe	14
Stärkungspakt Stadtfinanzen	17
Kleiner Flugplatz - große Hubschrauber	18
Feuerwerkskörper mit erheblichen Mängeln	20
Gerichtsstreit um Luftreinhalteplan Düsseldorf beigelegt	22
Ausgezeichnete Schulen	24
Einblicke in die Unterwasserwelt	27
Gut (aus-)gerüstet durch die Corona-Krise	30
Circular Valley – Forschen für die Zukunft	33
Ein „Laufsteg“ für den Fischotter	34
Neuer Auftritt der Behörde	37
Manchmal mahlen Mühlen auch schneller	38
Förderung für ein besonderes Denkmal	40
Übersetzer zwischen Kulturbetrieb und Verwaltung	42
Auf Tauchstation	46
Wasserstoff – Energiequelle mit Zukunft	49
Sturmtief Bernd traf auch den Regierungsbezirk	51
Arbeitsschutz auf dem Windrad	56



Dieser Bussard fühlt sich nur auf dem Wasser wohl	60
Gemeinsam die Heimat stärken	64
Neugierige gesucht	66
Katastrophen machen nicht an Grenzen halt	68
Die Bezirksregierung ist in Bewegung	71
Prüfen, genehmigen, überwachen: Gute Noten für die Luftsicherheitsbehörde	75
Corona hat die Unternehmen für den Arbeitsschutz sensibilisiert	78
Grenzüberschreitendes Steuersparmodell mit Tücken	82

# Drohnen und Sprengstoff im Visier

Sprengung Weißer Riese:

Erfolgreicher Einsatz für Luftaufsicht und Arbeitsschutz in Duisburg

Am Ende waren alle Beteiligten erleichtert und hoch zufrieden: Nach langer und intensiver Vorbereitung wurde am ersten Septembersonntag der nächste sogenannte „Weiße Riese“ in Duisburg gesprengt.

Der geplante Zusammenbruch des Hochhauses lockte – wie schon der Abbruch des ersten „Riesen“ im Jahr 2019 – zahlreiche Menschen an. Drohnen sollten dem ein oder anderen einen besonders guten Blick ermöglichen – doch deren Einsatz ist strengen Restriktionen unterworfen. Mit gutem Grund: In der Nähe von anderen Luftfahrzeugen und Menschenansammlungen birgt der ungenehmigte Betrieb viele Gefahren. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Überörtlichen Luftaufsicht (ÜLA) der Bezirksregierung Düsseldorf waren deshalb vor Ort, um

an der Sicherung des Luftraums mitzuwirken. Ihr Ziel war es, den eingesetzten Polizeihubschrauber vor illegal operierenden Drohnen zu schützen.

Insgesamt wurden im Zeitraum der Sprengung 42 Drohnen erfasst, von denen nur zehn, unter anderem von Feuerwehr und Medien, mit Genehmigung unterwegs waren. Die anderen identifizierten Drohnenpiloten müssen sich einem Verfahren wegen Ordnungswidrigkeit stellen, das mit einem Bußgeldbescheid (bis zu 50.000 Euro) enden kann. »

Die Arbeitsschützer Rafael Bruder, Torsten Scholl, Martin Jung und Oliver Weißbon (Dez. 55 der Bezirksregierung, v.l.) nach der Sprengung vor den Resten des Weißen Riesen, der wie geplant zusammenfiel.





Ein Symbolbild mit klarer Botschaft: Drohnenpiloten, die ihre Fluggeräte ohne Genehmigung aufsteigen lassen, müssen mit einer Anzeige rechnen.







Doch es ging der ÜLA nicht nur um die Ermittlung der Drohnenpiloten: Ihre direkte Kommunikation mit der Hubschrauberbesatzung der Polizei war ebenso wertvoll für die Sicherheit aller vor Ort: Durchgehend versorgte die ÜLA den Hubschrauberpiloten mit Informationen und konnte ihn mehrfach direkt vor „wilden Drohnen“ warnen.

Während die Expertinnen und Experten aus Dezernat 26 auf die Sicherheit des Luftraums fokussiert waren, konzentrierten sich ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Dezernat 55 (Arbeitsschutz, Sprengstoffwesen) um die „Bodentruppen“ rund um die Sprengung. Zwei Mitarbeitende der Bezirksregierung hielten engen Kontakt zur Einsatzleitung, drei weitere waren bei den Sicherheitskräften vor Ort, die die Sprengstelle in einem 200-Meter-Radius abgesperrt

Die Experten der Überörtlichen Luftaufsicht haben nicht nur Drohnenpiloten detektiert, sondern auch die Hubschrauberbesatzung auf Fluggeräte aufmerksam gemacht.

hatten. 1750 Menschen waren evakuiert worden, bevor 550 Kilogramm Sprengstoff gezündet werden konnten und der Weiße Riese exakt wie berechnet in das vorbereitete Fallbett stürzte.

Der reibungslose Ablauf dieses außergewöhnlichen Tages war der Erfolg vieler. Die fruchtbare Zusammenarbeit aller Beteiligten soll sich wiederholen, denn auch der dritte „Weiße Riese“ wird noch fallen.



# Die erste Anlaufstelle in der Krise

## Der Meldekopf ist rund um die Uhr erreichbar

Das Land NRW wird mit Krisen aller Art wie z.B. Gefahren durch Hochwasser oder Bombenfunden konfrontiert. Die Bezirksregierungen nehmen daher in einigen Bereichen gesetzliche Aufgaben wahr, die einer schnellen Bearbeitung rund um die Uhr bedürfen. Dabei stellt die Entgegennahme von Ereignis-Meldungen aus anderen Behörden und Wirtschaftsunternehmen und deren sofortige Verteilung innerhalb der Bezirksregierung eine grundlegende Aufgabe dar.

Dies wird im Regierungsbezirk Düsseldorf durch den Meldekopf der Bezirksregierung gewährleistet. Er stellt die Erreichbarkeit über 24 Stunden an sieben Tagen der Woche sicher. Der Meldekopf empfängt Meldungen anderer Behörden und Unternehmen über E-Mail oder Telefon und verteilt sie an die zuständigen Dezernate im Haus weiter. Bei den Meldungen handelt es sich z. B. um Kampfmittelfunde, Brandereignisse, Störfälle aus dem Immissionsschutz, Arbeitsunfälle, Wasserverschmutzungen, Eingriffe in den Luftverkehr, Informationen zur Corona-Pandemie und – besonders in 2021 – Unwetterwarnungen und Hochwasserereignisse.

Der Meldekopf ist rund um die Uhr ein Knotenpunkt für die Verteilung wichtiger Meldungen. Die Organisation erfolgt durch das Dezernat 22 (Gefahrenabwehr) als Querschnittsaufgabe für die gesamte Behörde. Die Funktion „Meldekopf“ wird von ca. 20 weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem gesamten Haus wahrgenommen, abwechselnd im Wochen-Rhythmus.

Eine dieser Mitarbeiterinnen ist Martina Daube aus dem Dezernat Wasserwirtschaft: „Seit fünf Jahren übernehme ich den Dienst als Meldekopf ca. drei- bis viermal im Jahr neben meiner eigentlichen Arbeit für jeweils eine Woche. Dabei werden pro Woche durchschnittlich 100 Meldungen aufgenommen und weitergeleitet. Während des Sturmtiefs Bernd im Juli 2021 erhöhte sich diese Zahl in einer Woche um ein Vielfaches.“

Bei vielen Meldungen ist es erforderlich, dass auch nach Dienstschluss eine sofortige fachliche Bearbeitung erfolgt. Daube: „Ereignisse halten sich nicht an die üblichen Arbeitszeiten und treten auch nachts, am Wochenende oder an Feiertagen auf. Daher halten einige Fachdezernate auch eine eigene Bereitschaft vor. Es ist beruhigend zu hören, wenn diese am Ende der Leitung sagt: ‚Wir kümmern uns.‘ Dabei ist nicht auszuschließen, dass diese Person sich nun evtl. zu dem gemeldeten Ereignis aufmachen muss – egal ob bei Nacht, im Schnee oder Regen!“

Ein Beispiel: Die Beseitigung eines großen Ölfilms, der tagsüber auf der Ruhr gemeldet wurde, erforderte 48 Stunden lang die Überwachung durch die Bezirksregierung. Zu der Erstmeldung kamen später noch weitere Informationen von Feuerwehr und Umweltamt der Stadt. »

Besonders im Sommer und an Wochenenden sind die Mitarbeiter des Kampfmittelbeseitigungsdienstes sehr gefragt. Dann sind viele Menschen im Garten oder gehen spazieren und die Landwirte bestellen ihre Flächen. Dabei werden unterschiedlichste Kampfmittel entdeckt und über den Meldekopf mitgeteilt. Auch Bombenfunde im Zuge von Baustellentätigkeiten gehören immer wieder dazu.

„Die Arbeit für den Meldekopf kann für einen persönlich eine anstrengende Woche bedeuten – zum Beispiel, wenn mehrere Ereignisse parallel gemeldet werden. So lief bei einem Starkregenereignis mit Gewitter ein Bach über, und gleichzeitig wurde in einer anderen Stadt ein Großbrand gemeldet“, berichtet Daube.



Teilweise müssen mehrere Fachdezernate gleichzeitig informiert werden. Bei einem Brand in einem großen Industriebetrieb, der unmittelbar am Rhein lag, so Daube, waren einerseits die Rauchwolken weit am Himmel zu sehen und andererseits bestand die Gefahr, dass kontaminiertes Löschwasser in den Rhein und die Kanalisation gelangte. Zusätzlich wurden bei diesem Unglück Arbeitnehmer verletzt. Konsequenterweise wurden deshalb Arbeitsschutz, Wasserwirtschaft und Immissionsschutz informiert und waren gemeinsam bei dem Brand vor Ort.

Eine ähnliche Situation trat während des Sturmtiefs Ela auf, dessen Orkanböen schwerste Verwüstungen in vielen Städten wie z.B. Düsseldorf anrichteten und auch Todesopfer forderten.

Martina Daube: „Prägend sind Ereignismeldungen über Arbeitsunfälle, wo Arbeitnehmer teilweise schwerste Verletzungen erleiden oder getötet werden. Diese Informationen werden direkt den Dezernaten 55/56 vom Arbeitsschutz übermittelt.“

Diese Beispiele dokumentieren, dass der Meldekopf der Bezirksregierung als erster Ansprechpartner rund um die Uhr der Sammelpunkt aller relevanten Ereignismeldungen ist und deren Weiterverteilung verantwortet, bevor die Koordinierung und fachliche Bearbeitung erfolgt.



### *Zur Person*

- **Name:** Martina Daube
- **Alter:** 53
- **Ausbildung:** Studium Bauingenieurwesen, Ausbildung für den gehobenen techn. Dienst, berufsbegleitendes Studium Wasser u. Umwelt MSc.
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 2007, davor beim Staatlichen Umweltamt Duisburg
- **In welcher Funktion:** Sachbearbeiterin für Gewässerentwicklung und Hochwasserschutz im Dezernat 54 Wasserwirtschaft
- **Was ist meine Aufgabe:** Ich betreue die Maßnahmen an Emscher und Lippe. Meine Arbeit beinhaltet die Begleitung der Planung und die Umsetzung von Gewässerausbauverfahren und Deichsanierungen

# Die neue Regionalplanerin

Die erste Frau an der Schnittstelle von Ministerien, Regionalrat und Kommunen

Es war eine der ersten Neuigkeiten aus dem neuen Regionalrat: Direkt in der konstituierenden Sitzung im Februar 2021 stellten die Politikerinnen und Politiker aus der Planungsregion Düsseldorf das Benehmen zur neuen Regionalplanerin Andrea Schmittmann her. Sie übernimmt diese Aufgabe von Holger Olbrich, der in den Ruhestand gegangen ist. Damit ist diese Funktion das erste Mal bei der Bezirksregierung Düsseldorf mit einer Frau besetzt. Welche Schwerpunkte möchte Andrea Schmittmann setzen? Welche Projekte stehen für die Planungsregion auf der Agenda? Dies und Weiteres erläutert die Geographin im Interview.

***Frau Schmittmann, mit ihrem ersten Statement als Regionalplanerin im Regionalrat Düsseldorf kündigten Sie ein „sehr interessantes Sitzungs-jahr“ an. Was erwartet Bürger und Politiker?***

Unser Regionalplan Düsseldorf ist dynamisch. Das heißt, dass weitere Änderungen zu ganz unterschiedlichen Themen in ganz unterschiedlichen Kommunen anstehen. So könnte der Regionalrat zum Beispiel die Weichen stellen, damit die Kommunen Erholungsgebiete gestalten, falls sie dies möchten, oder Gewerbegebiete erweitern, falls sie Bedarf sehen. Der Strukturwandel im Rheinischen Revier ist eines der zentralen politischen Themen. Die Diskussionen verschiedener Datensammlungen und Konzepte werden interessant. So stehen zum Beispiel das Siedlungsmonitoring 2021, das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept 2021 und das Abgrabungsmonitoring 21 für mineralische Rohstoffe auf der Agenda. Ich bleibe weiterhin Hauptde-

zentantin der Regionalentwicklung, so dass ich nach wie vor mit meinem Team aus zurzeit 39 Kolleginnen und Kollegen hierzu im engen Austausch bin. Als Regionalplanerin bin ich nun zusätzlich das Gesicht der Regionalplanung nach außen und werde das Netzwerken mit anderen Landesbehörden, den Kommunen und weiteren Entscheidern der Zivilgesellschaft übernehmen.

***Wie beeinflusst die Pandemie Ihre Arbeitsprozesse dabei?***

Corona hat der Digitalisierung einen großen Schub gegeben. Ich möchte auch künftig die neuen modernen Formate wie Videokonferenzen mit den Entscheidern in den Kommunen und den Regionalpolitikern beibehalten, um die Kommunikationswege kürzer und unkomplizierter zu gestalten. Offenlagen waren bereits vor der Pandemie im Internet zu finden, nur die physische Offenlage mussten wir natürlich stark einschränken oder entfallen lassen – je nach aktueller Gesundheitslage. Aber wir konnten die Transparenz immer herstellen, die uns als Behörde sehr wichtig ist. Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist eine wichtige Säule unserer Arbeit. Die Sitzungen unseres Regionalrates und seiner Ausschüsse – des neuen und des alten – konnten je nach Infektionsgeschehen in größeren Räumlichkeiten mit Hygienekonzept oder auch hybrid stattfinden. Auf diese Art und Weise haben wir es geschafft, dass wichtige Entscheidungen durch den Regionalrat getroffen werden konnten und unsere Region nicht stillstand. Daran wollen wir unbedingt festhalten.

Andrea Schmittmann



### **Wie funktioniert das Zusammenspiel von Regionalplanerin und Regionalrat?**

Mein Fachdezernat und ich beraten den Regionalrat, indem wir zum Beispiel die Fraktionssitzungen besuchen und zu Sachfragen referieren oder die Fraktionen im Rahmen der Vorberatungen der jeweiligen Sitzungsblöcke begleiten. Der Impuls hierzu kommt von uns oder von den Politikerinnen und Politikern. Der Regionalrat hat als demokratisches Gremium einen Anspruch auf zeitnahe und detaillierte Information, um sich selbst ein genaues Bild zu machen. In der Regel werden die Themen im Detail im jeweiligen Fachausschuss des Regionalrates vorbesprochen, der dem Regionalrat für seine Entscheidungen

einen Beschlussvorschlag macht. Dies gilt für unseren Bereich der Regionalentwicklung genauso wie für die anderen Dezernate der Bezirksregierung, die zum Beispiel zu Umwelt oder Verkehr ihr Fachwissen einbringen und den persönlichen Austausch mit dem Regionalrat suchen. Die Geschäftsstelle des Regionalrates, die auch zu meinem Dezernat gehört, übernimmt die Organisation aller Sitzungen und ist jederzeit Schnittstelle bei allen Anliegen unserer Regionalratsmitglieder. Wir kommunizieren permanent, nicht nur während der Sitzungen. Dies werde ich in der Doppelfunktion als Regionalplanerin und Hauptdezernentin noch intensivieren.



# Beamtentugenden wachen über die Bezirksregierung

Restaurierte Skulpturen sind zurück auf dem Dach des Plenarsaals

Beredsamkeit, Wahrheit, Gerechtigkeit und Unbestechlichkeit – das waren in den Augen des Bildhauers Josef Körschgen die herausragenden Tugenden des Beamten, als er für den imposanten Neubau des Regierungspräsidenten an der Düsseldorfer Cecilienallee Anfang des 20. Jahrhunderts die personifizierten Tugenden aus Sandstein schuf. Nach einer Restaurierung bzw. Nachbildung stehen die vier Skulpturen nun wieder auf dem Dach des Plenarsaals und sind von der Straßenseite aus gut zu sehen.

Im Beisein von Professor Dr. Klaus Schönenbroicher, Gruppenleiter im Ministerium des Inneren NRW, Birgitta Radermacher, Gruppenleiterin im Ministerium des Inneren NRW, Elke Kolfen, Niederlassungsleiterin, des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW (BLB NRW), und Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher schwebten die jeweils rund 3,5 Tonnen schweren Kunstwerke mit Hilfe eines Krans auf die Balustrade des Daches an ihren alten Platz.

Zwei der vier Statuen (Gerechtigkeit und Unbestechlichkeit) waren im Zweiten Weltkrieg komplett zerstört worden, die anderen beiden durch Umwelt- und Witterungseinflüsse stark beschädigt. Im Rahmen der Sanierung des Gebäudes durch den BLB NRW und mit der Unterstützung des Innenministeriums wurde beschlossen, die Statuen zu restaurieren bzw. nach historischen Fotos zu ersetzen.

„Wir freuen uns, dass nun sowohl die Beschäftigten im Gebäude als auch die Passanten davor täglich wieder an die wichtigsten Tugenden des Beamten erinnert werden“, meinte Regierungspräsidentin Radermacher schmunzelnd und dankte allen an der Aktion Beteiligten für ihren Einsatz.

Birgitta Radermacher, Elke Kolfen,  
Professor Klaus Schönenbroicher mit der Skulptur „Wahrheit“





Zu nennen sind da vor allem die Mitarbeiter der Denkmalpflege Schorn aus Köln und der Bildhauer Titus Reinarz. Für die fehlenden Figuren schuf Reinarz Ton-Modelle im Maßstab 1:3 nach historischen Fotos und Hinweisen. Dann wurden Gipsabgüsse genommen, die von den Steinmetzen der Firma Schorn im Großformat in Sandstein übertragen wurden.

Beredsamkeit und Wahrheit hingegen wurden zunächst gereinigt und bearbeitet. Für die fehlenden Teile fertigte der Bildhauer ebenfalls Tonmodelle. Diese wurden nach dem gleichen Verfahren ersetzt.

Die „Wahrheit“ wird mittels Kran auf das Dach des Plenarsaales gehievt.

---

Elke Kolfen (BLB NRW): „Das Beispiel der Beamtentugenden zeigt, mit wieviel Liebe zum Detail und Respekt vor dem Denkmalschutz alle Beteiligten von der Planung bis zur Ausführung bei der Sanierung unterwegs sind. Das ist immer wieder eine Herausforderung. Aber das Ergebnis belohnt die Anstrengungen.“

Die Figuren waren bereits 2017 im Rahmen der Sanierung des Schließchens vom Dach geholt worden. Die eigentliche Arbeit (Restaurierung und Repliken) an den Skulpturen dauerte anderthalb Jahre.



# Hochwasserschutz ist Gemeinschaftsaufgabe

Regierungspräsidentin besuchte die Deichbaustelle Kleve-Griethausen

Die Deichsanierung im Bereich Kleve-Griethausen ist ein wichtiges Projekt im Bemühen, die Rheinanlieger-Kommunen vor Hochwasser zu schützen. Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher hat sich vor Ort ein Bild vom Stand der Arbeiten gemacht, die vom Land mit 26 Millionen Euro gefördert werden. Radermacher betonte, wie wichtig die gute Zusammenarbeit der beteiligten Akteure sei.

„Die Bezirksregierung unterstützt die Hochwasserschutzpflichtigen bei der Umsetzung der vorgeschriebenen Sanierungen mit Geld, Know-How, dem Zusammenführen der Akteure und deren Interessen sowie in Grundstücksangelegenheiten“, sagte Radermacher.

Am Beispiel dieser Baustelle erläuterten Jörg Matthes, Ralph Merten und Artur Bowkun von der Bezirksregierung, worauf es bei der Sanierung ankommt, wer welche Aufgaben hat und wie ein moderner Drei-Zonen-Deich aufgebaut ist. Stichworte waren unter anderem das Planfeststellungsverfahren, die Flurbereinigung oder die notwendige europaweite Ausschreibung.

Vertreter der Bezirksregierung und des Deichverbandes erläutern der Presse die Deichsanierung in Griethausen.





Bagger auf der Deichbaustelle Griethausen -  
im Hintergrund das neue Schöpfwerk.

Hochwasserschutzpflichtig sind eigentlich die Anlieger. In der Regel übernehmen Deichverbände oder Kommunen die Aufgabe. Die Bezirksregierung ist als Aufsichtsbehörde zuständig. Ziel ist es, die Deiche am Rhein nach den aktuellen rechtlichen und technischen Vorgaben zu Höhe und Aufbau zu erneuern oder zu ertüchtigen und da, wo es möglich ist, zusätzliche Überflutungsflächen auszuweisen. »



### ***Fachbegriffe***

- **Banndeiche (auch Hauptdeiche):** Beständige Deiche, die Wohnsiedlungen, gewerbliche Anlagen, Verkehrswege und landwirtschaftlich genutzte Flächen vor Überschwemmungen schützen und zum Schutz vor großen und seltenen Hochwassern bemessen sind. Sie werden auch Hauptdeiche, Volldeiche, Hochwasserdeiche oder Winterdeiche genannt.
- **Deichrückverlegung:** Errichtung eines neuen Deiches, der landseitig in größerer Entfernung zum Gewässer liegt. Die Deichrückverlegung dient der Gewinnung natürlicher Überflutungsflächen, die für eine Minderung einer Hochwasserwelle sorgen und einen natürlichen Hochwasserrückhalt bieten.
- **Fischaufstiegsanlage:** Dient der Wiederherstellung der Fischdurchgängigkeit von Fließgewässern und bildet ein zentrales Element in der Gewässeraufwertung. Unter diesem Begriff lassen sich diverse technische Maßnahmen zur Herstellung der Durchgängigkeit fassen.
- **Unternehmensflurbereinigung:** Stellt Flächen für großflächige Planungen (des Deichverbandes, der Straßenbauverwaltung usw.) bereit. Setzt eine Planfeststellung zugunsten des Trägers und das grundsätzliche Enteignungsrecht voraus. Durch Zusammenlegung von Flächen in einem größeren Gebiet soll der Landverlust einzelner Betroffener verteilt und verringert werden. Agrarstrukturelle Schäden durch Anschnitte, Umwege können durch eine Bodenordnung häufig vermieden werden.

Da bei solchen Flächen viele Interessen betroffen sind, findet in der Regel vor den Baumaßnahmen ein Planfeststellungsverfahren statt, welches Deichverband oder Kommune beantragen. Das Verfahren führt die Bezirksregierung und berücksichtigt dabei u.a. die Belange von Anwohnern, Grundstückseigentümern, Naturschutz oder Kampfmittelbeseitigung. Das Dezernat Bodenordnung der Bezirksregierung versucht bereits im Vorfeld notwendige Flächen zu erwerben, in Grundstücksfragen Einigungen zu erzielen und ggf. Eigentümern einen Ausgleich anzubieten. Dennoch gibt es auch immer mal wieder Klagen gegen die Planung.

Der Schutz der Anlieger vor Hochwasser ist eine teure Angelegenheit: Mit fünf bis sechs Millionen Euro pro Deichkilometer muss man rechnen. Da viele Kommunen diese Kosten nicht tragen können und die Deichverbände sich über die Anliegerbeiträge finanzieren, hilft das Land mit einem Zuschuss von bis zu 80 Prozent der Kosten. Die Bewilligung dieser Mittel läuft ebenfalls über die Bezirksregierung.

Sowohl während der Planung als auch der Bauphase steht die Bezirksregierung den Deichverbänden oder Kommunen nicht nur als Aufsicht, sondern auch mit Beratung zur Seite.

Der Geschäftsführer des Deichverbands Xanten-Kleve, Maximilian Pieper, gab eine Übersicht zum Stand der Sanierung des Abschnitts zwischen der Emmericher Rheinbrücke und Griethausen. Die Arbeiten, die im April 2019 begannen, gehen gut voran und sollen 2022 beendet sein. Im Frühjahr ist der Erdbau nahezu abgeschlossen.

Bei der Deichsanierung Kleve-Griethausen geht es unter anderem um die Rückverlegung und Verkürzung des Banndeichs. Zudem wird das alte Schöpfwerk am Altrhein zurückgebaut, um Platz zu machen für eine Fischaufstiegsanlage. Ein neues Schöpfwerk entsteht ein paar hundert Meter weiter.



Die Deichbaustelle mit der neuen Fischaufstiegsanlage.

# Stärkungspakt Stadtfinanzen

Das Land NRW stützt seine Kommunen



Für die beteiligten Kommunen war es ein Kraftschub: das Stärkungspaktgesetz NRW. Der Landtag beschloss und veröffentlichte es im Dezember 2011, um überschuldeten sowie von Überschuldung bedrohten Städten und Gemeinden auf die Beine zu helfen. Nun läuft der so genannte „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ für fast alle aus. Rund 5,85 Milliarden Konsolidierungshilfe stellte das Land NRW von 2011 bis 2020 bereit. Im Gegenzug verpflichteten sich die Teilnehmenden zu Sanierungsmaßnahmen, welche die jeweilige Bezirksregierung eng begleitete. Herzstück war hierbei die Prüfung und Genehmigung der einzelnen Fortschreibungen der Sanierungspläne sowie der jeweiligen Haushalte. Die Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Düsseldorf zieht ein positives Fazit für ihren Verantwortungsbereich.

„Unser Team aus der Kommunalaufsicht hat insgesamt elf Kommunen durch das mehrstufige Verfahren begleitet. Mit dem Jahr 2021 endet für zehn von ihnen die Teilnahme am Stärkungspakt. Einige Kommunen wie zum Beispiel Mönchengladbach haben freiwillig teilgenommen“,

erklärt Carsten Kießling, Hauptdezernent des zuständigen Dezernates 31 der Bezirksregierung Düsseldorf. Die Regel für alle Teilnehmenden lautete: Der kommunale Haushalt ist mit Hilfe der Konsolidierungshilfe in fünf bzw. sieben Jahren auszugleichen. Dann muss der Haushaltsausgleich aus eigener Kraft erreicht sein. „Die Kooperationsbereitschaft in den Rathäusern und Kreisverwaltungen war groß. Alle Kommunen, für die der Stärkungspakt im Jahr 2021 ausläuft, sind mittlerweile wieder in der Lage, ohne Stärkungspaktmittel einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt darzustellen. Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen auf kommunaler Ebene für die gute Zusammenarbeit bedanken“, erklärt Kießling im Namen der Bezirksregierung Düsseldorf.

Im Regierungsbezirk Düsseldorf nahmen bzw. nehmen insgesamt acht kreisfreie Städte und drei kreisangehörige Städte am Stärkungspakt teil. Vier kreisfreie Städte im Rahmen der ersten Stufe, sechs Städte im Rahmen der zweiten Stufe und eine kreisfreie Stadt im Rahmen der dritten Stufe (bis 2023). Dies ist Mülheim an der Ruhr.

# Kleiner Flugplatz - große Hubschrauber

Die Bezirksregierung als Landesluftfahrtbehörde genehmigt Flugplätze und ihren Betrieb

Als Landesluftfahrtbehörde in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln ist das Dezernat 26 der Bezirksregierung Düsseldorf für eine Vielzahl von Aufgaben im Zusammenhang mit dem Luftverkehr zuständig. Dazu gehört unter anderem die Zulassung und Genehmigung von Flugplätzen. Möchte ein Flugplatz seinen Betrieb erweitern oder ändern, ist dafür eine Änderungsgenehmigung erforderlich, die ebenfalls beim Dezernat 26 beantragt werden muss. Umfang und Ziel des Vorhabens werden von der Genehmigungsbehörde auf ihre Zulässigkeit überprüft.



Dabei kommt es weder auf Größe noch auf Alter des Flugplatzes an: So wollte der Betreiber des Sonderlandeplatzes Goch-Asperden im Kreis Kleve, der bereits seit 1969 in Betrieb ist, auch Hubschraubern bis 2000 Kilogramm Gesamtgewicht Start und Landung ermöglichen. Im Rahmen des luftrechtlichen Genehmigungsverfahrens mussten betroffene Behörden und Organisationen, unter anderem der Kreis Kleve, die Stadt Goch, die Deutsche Flugsicherung sowie die Dezernate für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der Bezirksregierung Düsseldorf befragt und die Unterlagen offengelegt werden, damit jedermann Gelegenheit hatte, Anregungen und Bedenken vorzutragen. Eine allgemeine Umweltverträglichkeitsvorprüfung wurde durchgeführt, es wurde geprüft, ob die geplante Maßnahme städtebaulichen Belangen und regional- beziehungsweise landesplanerischen Zielen widerspricht. Ein physikalisches Lärmgutachten wurde eingeholt, um eine fundierte Grundlage für die Beurteilung der zu erwartenden Fluglärmauswirkungen zu haben.

Ende gut, alles gut: Seit Dezember 2020 dürfen aufgrund der neuen Genehmigung am Sonderlandeplatz Goch-Asperden neben Segelflugzeugen, Motorseglern und Ultraleichtflugzeugen zusätzlich auch 176 Flugbewegungen jährlich mit Hubschraubern stattfinden.





### *Zur Person*

- **Name:** Cornelia Schild
- **Alter:** 28
- **Ausbildung:** Volljuristin
- **Bei der Bezirksregierung seit:** April 2020
- **In welcher Funktion:** Dezernentin
- **Was ist meine Aufgabe:** Zulassung und Änderung von Flugplätzen (Sonderlandeplätze, Hubschraubersonderlandeplätze, Ultraleichtgelände, Segelfluggelände, Modellfluggelände), Drohnen, Ordnungswidrigkeiten, Luftfahrtveranstaltungen, rechtliche Beratung

# Feuerwerkskörper mit erheblichen Mängeln

Umfassende Prüfung durch den Technischen Arbeitsschutz unterstreicht Notwendigkeit von Kontrollen

Kontrolle von Feuerwerkskörpern gehört zu den regelmäßigen Aufgaben des Technischen Arbeitsschutzes bei der Bezirksregierung Düsseldorf. Um sowohl die Mitarbeitenden in den Verkaufsstellen als auch die Käuferinnen und Käufer zu schützen, findet so zum Beispiel vor Silvester die „Pyro-Aktion“ statt, bei der die Kontrollleurinnen und Kontrolleure in den Verkaufsstellen für Feuerwerkskörper unterwegs sind.

Das fünfte Gesetz zur Änderung des Sprengstoffgesetzes fordert jedoch eine erheblich strengere Marktüberwachung als die Vorgängerversion. Neben einer Berichtspflicht über die durchgeführten Maßnahmen an die europäische Kommission wird geregelt, wie mit Maßnahmen anderer Mitgliedsstaaten umgegangen werden soll. „Die Sicherheit von Feuerwerkskörpern ist in erster Linie abhängig von der ordnungsgemäßen Funktion. Aus diesem Grund ist eine aufwendige Funktionsprüfung sinnvoll und notwendig“, sagt Oliver Weißbon vom Technischen Arbeitsschutz.

So fand im Steinbruch Hagen-Ambrock unter Beteiligung der Bezirksregierung Arnsberg eine umfassende Prüfung an sieben verschiedenen Feuerwerksartikeln statt. Je Artikel wurden zehn Muster auf Formalität und Funktion geprüft.

Testplatz  
Steinbruch Hagen-Ambrock

Insgesamt gab es nach der im Januar 2021 abgeschlossenen Auswertung der vorgenommenen Tests folgende Ergebnisse:

Alle geprüften Produkte waren mangelhaft, die Mängel reichten von einfachen Beschriftungsfehlern bis hin zu Fehlern, die eine Rücknahme vom Markt erforderlich machten.

Bei drei Produkten gab es ein Verletzungsrisiko, d.h. es kamen brennende Teile, die sich teilweise noch zerlegten, außerhalb des Schutzabstandes auf den Boden. Bei einem Produkt waren die Fehler so gravierend, dass das Produkt vom Markt genommen wurde.

Diese Ergebnisse unterstreichen die Unverzichtbarkeit behördlicher Prüfungen im Rahmen der Marktüberwachung. Eine Mängelquote von 100 Prozent und ein Verletzungsrisiko bei drei von sieben Produkten zeigt deutlich, dass weitere Kontrollen notwendig sind, um einen effektiven Verbraucherschutz zu gewährleisten.

Für die Zukunft sind weitere Prüfungen geplant, es soll länderübergreifende Abstimmungen geben. Hierdurch sollen sich ein gemeinsamer Standard für Prüfungen entwickeln und Doppelprüfungen vermieden werden. Gleiches wird auch international im Rahmen der Arbeitsgruppe Feuerwerk der Benelux Union, in der auch NRW vertreten ist, auf europäischer Ebene forciert.



### *Zur Person*

- **Name:** Oliver Weißbon
- **Alter:** 41
- **Ausbildung:** Bauingenieur / Gewerbeaufsichtsbeamter
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 2007  
(vorher Staatliches Amt für Arbeitsschutz Wuppertal, Ausbildung 2003)
- **In welcher Funktion:** Sachbearbeiter
- **Was ist meine Aufgabe:** Überwachung des Sprengstoffgesetzes, Marktüberwachung von Sprengstoffen und Pyrotechnik



# Gerichtsstreit um Luftreinhalteplan Düsseldorf beigelegt

Stickstoffdioxid-Grenzwerte wurden 2020 in ganz NRW eingehalten



Das Land Nordrhein-Westfalen, die Stadt Düsseldorf und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) haben außergerichtlich einen Vergleich zur Umsetzung des Luftreinhalteplans (LRP) Düsseldorf geschlossen. Unter anderem plant die Stadt Düsseldorf umfangreiche Maßnahmenpakete zur Verbesserung der Bedingungen des Radverkehrs und des ÖPNV. Ziel ist, die 2020 erreichte stadtweite Einhaltung der Grenzwerte in der Zukunft sicherzustellen.

Mit dem Düsseldorfer Vergleich wurde auch das letzte noch offene Klageverfahren der Deutschen Umwelthilfe (DUH) gegen das Land Nordrhein-Westfalen beendet. Zuvor wurden bereits in 13 von insgesamt 14 Klageverfahren Vergleiche erzielt, neben Düsseldorf für die Städte Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Köln, Essen, Dortmund, Düren, Hagen, Gelsenkirchen, Paderborn, Oberhausen und Wuppertal.

Umweltministerin Ursula Heinen-Esser hob die Anstrengungen der Bezirksregierung und der Landeshauptstadt Düsseldorf hervor und bedankte sich bei allen Beteiligten. Darüber hinaus betonte die Ministerin die vermittelnde Rolle des Vorsitzenden Richters am Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster a.D. Professor Dr. Max-Jürgen

Seibert, der sich bereit erklärt hatte, nach seiner Pensionierung im Mai 2020 auch diese außergerichtliche Vergleichsverhandlung zu moderieren.

Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher: „Wir sind froh, dass der juristische Streit nun endlich beigelegt ist. Die Bezirksregierung Düsseldorf und die Landeshauptstadt Düsseldorf haben die Zeit genutzt, zu den bereits beschlossenen Maßnahmen eine Reihe zusätzlicher Projekte zur Verbesserung der Luftqualität in der Stadt auf den Weg zu bringen. Der Luftreinhalteplan Düsseldorf wird jetzt mit Hochdruck fortgeschrieben.“

Die Auseinandersetzung um die Luftreinhaltung in Düsseldorf und mögliche Fahrverbote war über mehrere Instanzen bis zum Bundesverwaltungsgericht nach Leipzig gegangen und hatte breites Medieninteresse auf sich gezogen. Dabei ging es unter anderem um die Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen. Die Bezirksregierung Düsseldorf hatte diese Aspekte bei der Fortschreibung des Luftreinhalteplans Düsseldorf berücksichtigt, der dann am 01.02.2019 in Kraft trat. Die DUH hatte erneut gegen diesen LRP geklagt.

Dass im Jahr 2020 landesweit und damit auch in Düsseldorf der Stickstoffdioxid-Grenzwert eingehalten wurde, war auch zur Luftreinhalteplanung Düsseldorf eine wichtige Wegmarke und gute Basis für eine Einigung. Wichtige Maßnahmen, zum Beispiel die vollständige Umstellung der Busflotte auf Euro VI- bzw. Elektrobusse und

die umweltsensitive Lichtsignalanlagensteuerung für die Corneliusstraße und die Merowingerstraße, hat die Stadt Düsseldorf bereits umgesetzt. Darüber hinaus hat die Stadt Düsseldorf unter anderem umfangreiche Maßnahmenpakete zur Verbesserung der Bedingungen des Radverkehrs und des ÖPNV auf den Weg gebracht.

### *Eckpunkte des Vergleichs*

Der ausgehandelte Vergleich sieht unter anderem Folgendes vor:

Die Parteien bekennen sich zu Verkehrswende und Klimaschutz und die alle Belange verbindende Komplexität. Daraus ergeben sich konkrete Maßnahmen, unter anderem:

- Weitere Umsetzung des Green-City Masterplans und des Klimaschutzplans zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2035
- Beibehaltung der umweltsensitiven Signalsteuerung zur Entlastung der Belastungsschwerpunkte Corneliusstraße und Merowingerstraße sowie Tempo 30 auf der Merowingerstraße
- Aufbau einer kooperativen, intelligenten Verkehrsinfrastruktur
- Beschleunigter Ausbau der Radinfrastruktur in Düsseldorf, inklusive schneller Ausbau von zusammenhängenden Radachsen und Abstellanlagen, sowie Ausbau von B&R-Plätzen und Mobilitätsstationen
- „Traffic Pilot“ - Ampelphasenassistent für den Rad- und Kfz-Verkehr
- Neubau der U-Bahn-Linie U81 zur Verbindung der Verkehrsknotenpunkte Düsseldorf-Hauptbahnhof, Messe Düsseldorf, Flughafen
- Abgasarme Busse im ÖPNV, Projekte zur Beschleunigung des öffentlichen Nahverkehrs und Ausweisung von P+R-Parkplätzen
- weitere Modernisierung der kommunalen Flotte
- Ausbau der E-Ladeinfrastruktur
- Landstromversorgung für Binnenschiffe
- bestehendes Förderprogramm zur Anschaffung von Lastenfahrrädern

# Ausgezeichnete Schulen

Sechs Schulen aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf erhielten Preise für ihr außergewöhnliches Engagement und innovative pädagogische Konzepte



## Deutscher Schulpreis für Gesamtschule Körnerplatz in Duisburg

Zusammenarbeit – auch schon vor der Corona-Pandemie war das der Kerngedanke der Gesamtschule Körnerplatz in Duisburg-Rheinhausen. Dank dieses Kollaborations-Konzepts hat die Schule im ersten Lockdown 2020 trotz schwieriger Voraussetzungen und in kürzester Zeit das gesamte Schulleben in die digitale Welt verlegt. Nicht nur der Unterricht, sondern auch die Kunst- und Kulturprojekte inklusive Theaterproben fanden digital statt. So konnte das interkulturelle Lernen – neben dem kooperativen und dem projektorientierten Lernen ein wichtiger Aspekt des Konzepts der Schule – aufrecht erhalten werden. Die Gesamtschule Körnerplatz hat es geschafft, die Pandemie für eine positive Weiterentwicklung zu nutzen. Für die konsequente und erfolgreiche Teamarbeit auf allen Ebenen wurde die Schule 2021 mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet.

## Georg-Büchner-Gymnasium in Kaarst gewinnt Wettbewerb für politische Bildung

In den Zeiten des Distanzunterrichts kamen auch Überraschungen digital daher: Per Videokonferenz erfuhr die Klasse 7a des Georg-Büchner-Gymnasiums in Kaarst, dass sie eine Reise nach Dresden gewonnen hat. Ausgezeichnet wurde der Beitrag der Klasse für den Schülerwettbewerb zur politischen Bildung der Bundeszentrale für politische Bildung, der für deutschsprachige Schulen weltweit ausgeschrieben war. Die Schülerinnen und Schüler setzten sich mit der deutsch-französischen Freundschaft auseinander und thematisierten die Partnerschaft von Kaarst mit dem französischen La Madeleine. Außerdem stellten sie das Austauschprogramm ihrer Schule mit der französischen Gemeinde Châtel vor. Das alles setzten sie kreativ in ein Lapbook um, eine Art aufklappbare Mappe mit verschiedenen Informations-Elementen. In der Schule nahmen die Klassensprecherinnen die Urkunde von Hans-Georg Lambertz von der Bundeszentrale entgegen.





Fotos linke Seite: Schulleiterin Martina Zella Seifert und Schülerin Lujain Drkazli bei der virtuellen Verleihung des Preises durch Bundespräsident Steinmeier.

Die Klassensprecherinnen Lani Breitbach (links) und Sarah Tang erhielten von Hans-Georg Lambertz die Urkunde.

Fotos diese Seite: Zertifikat Europaen Blue School

Schulleiterin Nicola Küppers und Schülerin Naoual Ibaoune bei der virtuellen Preisverleihung durch Bundespräsident Steinmeier



### **Cüppers-Berufskolleg in Ratingen ist Vorreiter als Blue School**

Die ersten 36 Bildungseinrichtungen aus ganz Europa wurden 2021 als European Blue School ausgezeichnet. Eine der beiden ersten Europäischen Blauen Schulen in Deutschland ist das Adam-Josef-Cüppers-Berufskolleg in Ratingen. Das von der Europäischen Kommission neugegründete Netzwerk soll Bildung zum Thema Ozeane in die Schulen bringen. Mit dem Projekt „Let's make a move! – 17 steps to a sustainable Europe“ bewarb sich das Berufskolleg in Ratingen als Blue School und war gleich im ersten Anlauf erfolgreich. In Zusammenarbeit mit anderen europäischen Schulen und Organisationen unter anderem aus Finnland, Frankreich, Spanien und Portugal hat sich das Adam-Josef-Cüppers-Berufskolleg das Ziel gesetzt, zum aktiven Schutz der Ozeane weltweit beizutragen und entsprechende Projekte zu entwickeln.

### **Deutscher Schulpreis für Grundschule am Dichterviertel in Mülheim**

Wie Bildungsgerechtigkeit auch im Lockdown umgesetzt werden kann, hat die Grundschule am Dichterviertel in Mülheim gezeigt und ist mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet worden. Die Schülerinnen und Schüler stammen aus 20 Nationen, fünf von ihnen sind hochbegabt, 20 werden inklusiv beschult. Während des Distanzunterrichts blieb die Schule ein für alle sicherer Lern- und Lebensraum. Das digitale Lernen wurde weiterentwickelt, die Schule fand gute Lösungen, um Kommunikation und Beziehungen zwischen Lehrkräften, Kindern und Eltern zu stärken sowie Rituale aufrechtzuerhalten. Fazit: So wie das Denken in Kategorien von Inklusion und Hochbegabung überwunden wurde, will sich die Schule künftig in Raum und Zeit öffnen. Dabei soll die Qualität des Kontaktes und der Lernbegleitung im Fokus stehen und nicht, wo die Kinder gerade lernen. »



Fotos diese Seite: Logo der Euregioprofilschule.

Schulleiter Sven Mundry und UNESCO-Beauftragte Nora Barth.



### **Katholische Grundschule Lobberich in Nettetal ist Euregioprofilschule**

Die rund 270 Kinder der Katholischen Grundschule Lobberich haben ab der ersten Klasse Niederländisch, und sie lernen auf vielfältige Weise die niederländische Sprache und Kultur kennen. Dafür ist die Grundschule als erste Euregioprofilschule im Regierungsbezirk ausgezeichnet worden. Sind etwa die Jahreszeiten Thema im Sachkundeunterricht, gibt es dazu Übungen in der Sprache des Nachbarlandes. Auch beim Spielen und Singen wird Niederländisch geübt. Und die Schülerinnen und Schüler treffen sich mit Kindern ihrer Partnerschule Nova Montessori aus dem 15 Kilometer entfernten Venlo. Wenn sie mit ihren Familien in den Niederlanden zu Besuch sind, macht es ihnen Spaß, niederländisch zu sprechen. So werden im Grundschulalter spielerisch die Grundlagen für eine lebendige Euregio geschaffen.

### **Berufskolleg Uerdingen ist UNESCO-Schule**

Als eine von fünf Schulen in NRW ist das Berufskolleg Uerdingen in Krefeld als UNESCO-Schule zertifiziert worden. Rund fünf Jahre hat die Schule darauf hingearbeitet und verpflichtet sich dem UNESCO-Programm: dem Einsatz für Frieden, Menschenrechte, Toleranz, Demokratie, interkulturelles Lernen, Nachhaltigkeit und globale Entwicklung. Was abstrakt klingt, wird in der Schule ganz konkret umgesetzt, beispielsweise durch das Engagement für Chancengleichheit in der Bildung weltweit. Die Schülerinnen und Schüler haben so die Möglichkeit, positive Aspekte der Globalisierung mit zu gestalten. Ziel des Berufskollegs Uerdingen ist neben einer hochwertigen fachlich-technischen Ausbildung die Förderung der demokratischen und interkulturellen Bildung. Ebenso rückt soziale Verantwortung und nachhaltige Nutzung von Ressourcen in den Fokus.



# Einblicke in die Unterwasserwelt

## Ruhrunterhaltung setzt jetzt Drohne statt Taucher ein

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat für die behördliche Überwachung technische Unterstützung erhalten. Ergänzend zu Ortsbegehungen und Flugdrohneinsatz ist nun auch die Unterwasserwelt erschlossen.

Möglich wird dieses durch den „Deep Trecker DTG2“. Dabei handelt es sich um eine kabelgeführte, neun Kilogramm schwere Unterwasserdrohne mit einer zugelassenen Tauchtiefe von ca. 100 Metern.

Sie verfügt über einen Antrieb, mit dem sie sich 4,5 Kilometer in der Stunde fortbewegen kann. Das Sichtfeld der 4K-Kamera liegt bei 270°. Zur Verbesserung der Sicht ist sie mit einer zusätzlichen LED-Beleuchtung von 1200 Lumen ausgestattet.

Im Einsatz kann die Drohne wichtige Eckdaten wie Wassertemperatur, Nordausrichtung, Tiefe, Neigung, Kamerawinkel etc. dokumentieren.

Die durch den Akku begrenzte Einsatzzeit liegt bei ca. sechs Stunden.

Beschafft wurde die Drohne, um im Rahmen der Unterhaltung des landeseigenen Schifffahrtsgewässers Ruhr Unterwasserinspektionen an Gewässern, Bauwerken (z.B. Wehranlagen, Schleusen) und auch schwimmenden Geräten durchführen zu können.

So wurde z.B. an der Schleuse Mülheim eine undichte Torichtung entdeckt, am sanierten Tor der Schleuse Spillenburg Korrosionsschäden als Gewährleistungsmangel früh festgestellt und im Antrieb verhedderte Taue als Ursache für den Leistungsabfall des Antriebes des Stromaufsichtbootes MS Bussard ausgemacht.

Unterwasserdrohne „Deep Trecker DTG2“





Für diese reinen Inspektionssaufgaben mussten vor Beschaffung der Drohne kostspielige Alternativverfahren wie der Einsatz externer Taucherteams, das Abdämmen und Trockenlegen von Wasserbauwerken, das Herausheben der Wasserfahrzeuge in einer Werft usw. eingesetzt werden. So hat sich die Drohne durch zahlreiche Einsparungen bereits im Laufe des ersten Einsatzjahres finanziert.

Als besonderes Feature verfügt die Drohne über einen Greifarm (s. Foto), mit dem sie in der Lage ist, kleinere Gegenstände bis zu einem Gewicht von bis zu 22 Kilogramm zu fassen und heben. Damit war es z.B. möglich, Unterwasserhindernisse in der Schifffahrtsrinne (Fahräder etc.) zu bergen.

„Durch die vielfältigen Möglichkeiten der Drohne hat sich mittlerweile ihr Einsatzspektrum erweitert. Sie wird u.a. für die Talsperrenüberwachung (Inspektion des Absperrbauwerkes, des Grundablasses etc.), zur Überwachung von Uferwänden, Unterwasserentnahme und – Unterwassereinleitungsstellen eingesetzt“, sagt Drohnenpilot Björn Gärtner von der Ruhrunterhaltung der Bezirksregierung.

Auch Dritte haben bereits die Hilfe des Gerätes in Anspruch genommen:

- Ruhrverband: Kontrolle von Testfeldern, zur Bekämpfung der starken Ausbreitung der Unterwasserpflanze Wasserpest (Elodea)
- Betriebe der Stadt Mülheim: Kontrolle der Ufermauern in Mülheim am Wasserbahnhof
- Polizei Bochum: Testversuch als Alternative zu gefährlichen/unkomfortablen Tauchereinsätzen (z.B. in der Winterzeit)

Natürlich gibt es auch Grenzen des Einsatzes (z.B. hohe Strömung). Diese zu kennen und abzuschätzen sowie die Handhabung des Gerätes zu beherrschen, bedarf einer gründlichen Unterweisung und erfahrenen Handhabung. Deshalb wird zum Führen des Gerätes nur speziell geschultes und erfahrenes Personal, wie Björn Gärtner, als Drohnenpilot eingesetzt.



Die Drohne hat eine undichte  
Tordichtung an der Schleuse Mülheim entdeckt.



Der Greifarm im Einsatz.



### ***Zur Person***

- **Name:** Björn Gärtner
- **Alter:** 34
- **Ausbildung:** Wasserbauer
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 2012
- **In welcher Funktion:** Beschäftigter in der Ruhrunterhaltung
- **Was ist meine Aufgabe:**
  - Unterhaltungsarbeiten an der Landeswasserstraße Ruhr. Dazu gehören: Unterhaltung und Pflege des Gewässers, Wartung und Instandhaltung landeseigener Wasserbauwerke (Wehre, Schleusen, Bootsgassen, Fischaufstiege), Verkehrssicherungsarbeiten an landeseigenen Grundstücken (z.B. Gehölzpflege)
  - Matrose und vertretender Schiffsführer des Stromaufsichtsbootes MS Bussard
  - Bediener der Unterwasserdrohne; zugehörige Videobearbeitung am PC etc.
  - Schleusenwärter

# Gut (aus-)gerüstet durch die Corona-Krise

## Die Bezirksregierung Düsseldorf errichtet ein Landeslager für Schutzausrüstung und erschließt sich dabei die Welt der Logistik

Die Corona-Pandemie stellte die Hausverwaltung der Bezirksregierung Düsseldorf vor bisher ungeahnte Aufgaben. Diese musste schnellstmöglich Lagerkapazität für Schutzmaterial sowie eine umfangreiche Verteilung von Schutzmaterial organisieren. Eingelagert wurden zu Beginn der Corona-Pandemie große Mengen an Schutzausrüstung und Desinfektionsmitteln. Einen Teil davon ließ das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) umgehend von den Bezirksregierungen an die Kommunen verteilen. Was nicht direkt verteilt wurde, deponierte das MAGS in einem Zentrallager in der Messe Düsseldorf.

Im August 2020 wurde dieses Zentrallager in der Messe Düsseldorf zugunsten je eines Landeslagers pro Bezirk kurzfristig aufgelöst. Jede Bezirksregierung musste unter großem Zeitdruck ein eigenes Landeslager aufbauen und anteilig Schutzmasken, Kittel, Brillen u. a. aus dem Zentrallager in ihr Landeslager übernehmen. Der Aufbau des Landeslagers Düsseldorf erfolgte im August 2020.

Bei der ersten Verteilung an die Kommunen konnte die Bezirksregierung Düsseldorf noch auf eine Lagerhalle der Bundeswehr und auf die Hilfe von Technischem Hilfswerk und anderen Einrichtungen zurückgreifen. Für den Aufbau und den Betrieb eines Landeslagers Düsseldorf stand diese Unterstützung nicht mehr zur Verfügung. Jetzt musste schnell und unkonventionell gehandelt werden: Dezernat 12 (Hausverwaltung) der Bezirksregierung sollte kurzfristig geeignete Lagerkapazität für 4.800 Europaletten beschaffen. Außerdem war eine professionelle Gesamtbetreuung des Lagers und der damit verbundenen Logistikleistungen zu organisieren.

„Für eine Verwaltungsbehörde sind Aufbau und Führung eines großen Lagers kein Tagesgeschäft. Und das gesamte Projekt musste von Beginn an möglichst reibungslos laufen. Schnell war klar, dass neben geeigneter Lagerkapazität und geschultem Personal auch logistisches Know-how wichtig sein wird. Alles Gesuchte fanden wir bei einem engagierten Logistikpartner, der half, ein professionell geführtes Landeslager einzurichten“, sagt Frank Rabe, Sachbearbeiter in Dezernat 12. Innerhalb weniger Wochen wurden hier 2.300 Europaletten mit Schutzmaterial angenommen und fachgerecht eingelagert. Dies bedeutete viel Arbeit nicht nur für den Logistikpartner. Die Bezirksregierung steuerte und begleitete den gesamten Prozess permanent als Koordinator, Vermittler und Ansprechpartner.

Im Winter 2020/2021 war ein weiteres Großprojekt zu bewältigen, als das Land ein umfangreiches Kontingent an Schutzausrüstung vom Bund übernahm. Mit der Aufteilung auf die Bezirke beauftragte das MAGS kurzfristig die Bezirksregierung Düsseldorf. 7.500 Europaletten mussten zwischen November 2020 und Februar 2021 im Landeslager Düsseldorf angenommen, kommissioniert und auf alle Landeslager verteilt werden. Die logistische Abwicklung hat auch hier der Logistikpartner sichergestellt. Dezernat 12 hat große Teile der Koordination übernommen, außerdem die erforderliche Kommunikation und Klärung mit allen Beteiligten. Auch das Sachgebiet Produktsicherheit (Dezernat 55) der Bezirksregierung hat geholfen und für Schutzausrüstung, die noch nicht zur Abgabe freigegeben war, die notwendigen behördlichen Bestätigungen ausgestellt. »



Hauptdezernentin Brunhilde Schoel (M.) mit ihren Mitarbeitenden Jennifer Grigat und Frank Rabe aus Dezernat 12 im Lager.

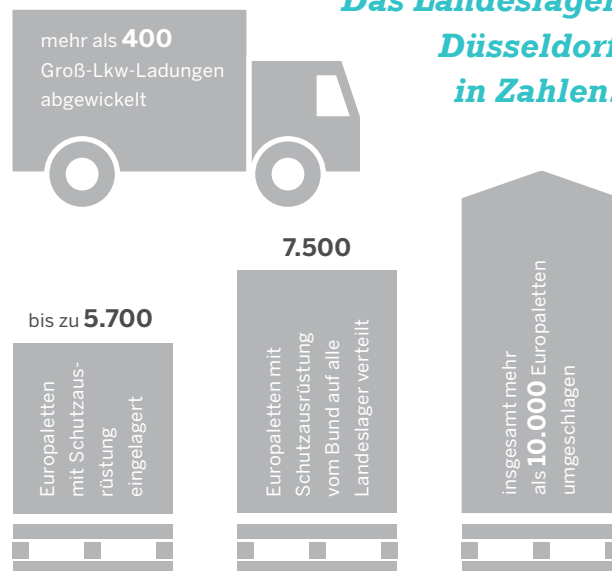
---



Schutzausrüstung aus den Landeslagern soll vor allem den Einrichtungen des Gesundheitswesens in Mangelsituationen zur Verfügung gestellt werden. Große Mengen an medizinischen Masken wurden aber auch zum Schutz besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen verteilt. Für diesen Zweck konnten beispielsweise allein im Februar 2021 mehr als 2,5 Millionen Masken bereitgestellt werden. Sie kamen u. a. bedürftigen Menschen in den Kreisen und kreisfreien Städten, obdachlosen Menschen sowie den Nutzerinnen und Nutzern der „Tafeln“ zugute.

Das Land NRW will auch weiterhin einen Lagerbestand an Schutzausrüstung vorrätig halten, der helfen soll, das Land gut (aus-)gerüstet durch Pandemien zu führen.

## Das Landeslager Düsseldorf in Zahlen:



### Zur Person

- **Name:** Frank Rabe
- **Alter:** 56
- **Ausbildung:** Dipl.-Verwaltungswirt (FH)
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 1991
- **In welcher Funktion:** aktuell Sachbearbeiter im Dezernat 12 (Sachgebiete Hausverwaltung und Beschaffung)
- **Was ist meine Aufgabe:** Meine Aufgabenschwerpunkte in Dezernat 12 sind die Vorbereitung von Ausschreibungen im Sachgebiet Beschaffung und die Begleitung des Vertragsmanagements im Sachgebiet Hausverwaltung. Das Projekt Landeslager Düsseldorf stellt eine Sonderaufgabe dar, die ich in der Pandemiesituation übernommen habe.

# Circular Valley – Forschen für die Zukunft

## Kreislaufwirtschaft im Aufwind

Wie können wir die Zukunft aktiv gestalten und Ressourcen möglichst immer wieder nutzen? Das ist eine der zahlreichen spannenden Fragen, welcher die Experten und Partner von „Circular Valley“ nachgehen. Im Juni 2021 kommt der Kraftschub: Wirtschafts- und Innovationsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart und Birgitta Radermacher, Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Düsseldorf, überreichen Dr. Carsten Gerhardt, Initiator des Circular Valley und Vorstand der Circular Valley Stiftung, einen Zuwendungsbescheid über fast 3,6 Millionen Euro.

Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher erläutert: „Großartig ist der Ansatz der Wuppertaler Initiatoren, auch die Bürger vor Ort einzubinden und mit ihnen den direkten Austausch über Projekte zu suchen. Auf diese Art und Weise rückt das Thema Ressourcen, das zentral für unsere Zukunft ist, in das Bewusstsein der breiten Bevölkerung.“

Übergabe des Förderbescheides:  
Birgitta Radermacher trifft die Akteure und  
den Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart

Internationale Reichweite wollen die Initiatoren erzielen und hierfür auch Ideengeber und Forscher aus aller Welt nach NRW holen. Dreh- und Angelpunkt der Initiative mit dem regionalen Schwerpunkt Rhein, Ruhr und Wupper ist dabei der Standort in Wuppertal. Start-ups, etablierte Unternehmen aus der Region und

Wissenschaftler arbeiten dort an neuen Lösungen für eine gut funktionierende Kreislauf-Wirtschaft. Das Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und NRW-Landesmitteln gefördert.





# Ein „Laufsteg“ für den Fischotter

Ein grenzüberschreitendes Projekt zum Schutz einer bedrohten Art



Fischotter mögen offensichtlich keine Brücken. Denn anstatt unter ihnen durchzuschwimmen versuchen sie, die dazugehörige Straße zu überqueren und das endet für viele von ihnen tödlich. In einem gemeinsamen Projekt mit den Niederlanden sind deshalb im Grenzgebiet Lösungen entwickelt worden, wie man die gefährdete Art schützen kann – zum Beispiel durch einen Laufsteg unter der Brücke.

Der Fischotter (*utra lutra*) gehört nach dem Bundesnaturschutzgesetz zu den besonders geschützten Arten. Einstmals zahlreich in der Grenzregion vertreten, war er in Nordrhein-Westfalen seit 1956, in den Niederlanden seit 1988 ausgestorben. Im Zuge eines Wiederansiedlungsprojektes (2002-2008) kehrte der Fischotter zunächst auf niederländischer Seite zurück. In Nordrhein-Westfalen konnte er seit 2009 wieder Fuß fassen und im Münsterland eine kleine Population etablieren.

Bereits vor Projektbeginn war daher davon auszugehen, dass sich auch am Unteren Niederrhein langfristig Fischotter ansiedeln werden, was einzelne Funde aus den Vorjahren auch verdeutlichten. Laut Roter Liste gilt das Tier in Deutschland als „gefährdet“, in Nordrhein-Westfalen sogar als „vom Aussterben bedroht“. Die Deutsche Wildtier-Stiftung hat ihn 2021 zum „Tier des Jahres“ erklärt.

Vorrangiges Ziel des Fischotterprogrammes war das Monitoring und damit Untersuchungen zum aktuellen Verbreitungsgrad des Tieres. Es konnten nur wenige Individuen auf deutscher Seite des Projektgebietes auffindig gemacht werden. Diese fielen häufig dem Straßenverkehr zum Opfer – wie über 80 Prozent der in Mitteleuropa tot gefundenen Fischotter. Derzeit gibt es ein Revier in den niederländischen Gebieten Rijnstrangen und Wild, das sich bis nach Emmerich-Elten auf deutscher Seite erstreckt.



Weiteres wichtiges Ziel des Projektes war es, die Rückkehr des Fischotters zu unterstützen. Hierfür wurden Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung und ökologischen Anbindung von Uferzonen und Gewässern ergriffen. So genannte „Otterholts“ (s. Foto unten), künstlich angelegte Bauten, wurden als Rückzugsmöglichkeiten an, insbesondere bedingt durch den Hochwasserschutz, strukturarmen Uferbereichen errichtet.

„Otterholts“, künstlich angelegter Bau

---

Darüber hinaus wurden im Rahmen des Programmes Gefahrenstellen beseitigt und auf diese Weise die Wanderrouten sicherer gestaltet. Möglich war dies, indem im ersten Schritt eine grenzübergreifende Gefahrenstellenkarte der Grenzregion erstellt wurde, um so die risikoreichsten Engpässe auf beiden Länderseiten ausfindig zu machen. Zur Behebung von Gefahrenstellen für Fischotter kommen eine Bandbreite von Maßnahmen in Betracht: Laufbretter, Bermen (ein Absatz in einer Böschung), Faunatunnel oder auch verkehrsberuhigende Maßnahmen, ggf. in Kombination mit Leitzäunen. »





Im Ergebnis konnten 18 Gefahrenstellen, 15 auf niederländischer und drei auf deutscher Seite, sicherer gemacht werden. In diesem Zusammenhang war es möglich, im Januar 2021 die allerersten Laufbretter (s.o.) in Nordrhein-Westfalen zu installieren. Diese befinden sich in Bedburg-Hau, Emmerich am Rhein sowie in Kranenburg.

Auf deutscher Seite zeichneten für die Durchführung und Umsetzung des Fischotterprogrammes die Biologische Station im Kreis Wesel, die NABU-Naturschutzstation Niederrhein sowie das Naturschutzzentrum (NZ) im Kreis Kleve verantwortlich, die zusammen eine Arbeitsgruppe zum Fischotter bildeten. Die Bezirksregierung Düsseldorf (Dezernat 51) hat für die Realisierung der Maßnahmen den überwiegenden Teil der Eigenanteile der Biologischen Stationen aus sog. FöNa-Mitteln (Förderrichtlinie Naturschutz) gefördert. Als Projektpartnerin koordinierte und überwachte die Bezirksregierung Düsseldorf (Dezernat 51) Maßnahmen für die grenzübergreifenden Wanderfische selbst.

Das Fischotterprogramm ist Bestandteil des bilateralen Förderprojektes „GBRA“ („Green Blue Rhine Alliance“; zu dt.: „Grün-Blau Rhein-Allianz“) (2017-2021) in der niederländisch-deutschen Grenzregion, zu dessen Projektpartnerinnen und -partnern auch die Bezirksregierung Düsseldorf zählt. Umgesetzt wurde das Projekt im Rahmen des europäischen Förderprogrammes „INTERREG“.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rhein-Waal-Gebiet setzte sich zum gemeinsamen Ziel, „blaue“ wie „grüne“ biotopverbindende Maßnahmen zu fördern und umzusetzen. Neben den Fischottern stand dabei auch das Beseitigen von Hindernissen und Engpässen für Wanderfische im Fokus des GBRA-Projekts.

Dieses Projekt endete am 30. Mai 2021. Eine Fortführung des länderübergreifenden Förderprojektes wird seitens der zehn Projektpartnerinnen und -partner begrüßt. Bewilligende Behörde ist die Bezirksregierung Münster.



# Neuer Auftritt der Behörde

## Internet-Relaunch der Bezirksregierung

Im September ist unser neuer Internet-Auftritt an den Start gegangen. Damit hat die Bezirksregierung nicht nur den Erlass des Innenministeriums, auf das landesweit einheitliche Content-Management-System NRWgov umzustellen, umgesetzt, sondern die Behörde hat nun einen modernen, frischen Auftritt im Netz, der mittlerweile selbstverständliche Ansprüche wie weitgehende Barrierefreiheit oder Responsivität erfüllt.

Schon beim Blick auf die Startseite ist festzustellen, dass man nun mehr Möglichkeiten und mehr Platz hat, unterschiedliche Themen ansprechend in den Fokus der Nutzer zu rücken. Und bei aller Einheitlichkeit des landesweiten Auftritts, hat die Bezirksregierung ihm mit der typischen Silhouette am Kopf der Seite doch einen eigenen Bezirksregierung-Düsseldorf-Stempel aufgedrückt. Dies spiegelt sich auch in der Wahl der dominierenden Farben wieder: Das Blau-Grün der Silhouette zieht sich auf allen Seiten durch.

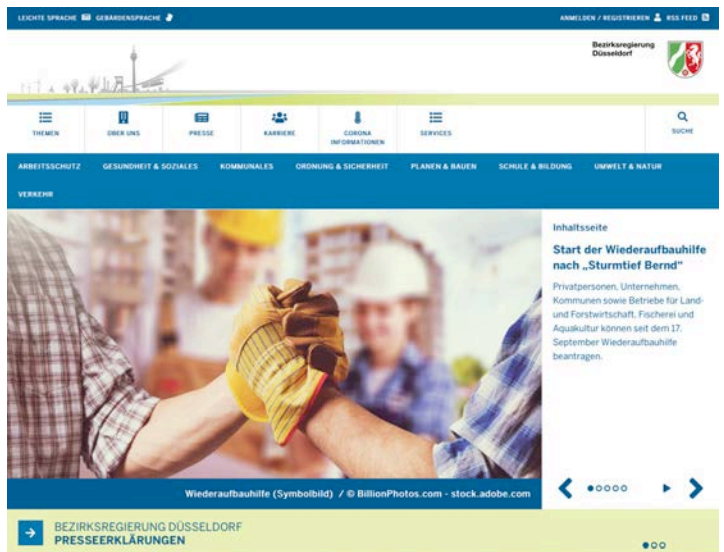
Neu ist auch das Menü, das die Themen und Aufgaben stärker aus Nutzersicht zusammenfasst. Es gibt aus Gründen der Übersichtlichkeit nur noch eine Leiste am Kopf der Seite. Von dort wird man weitergeführt. Die Menüpunkte befinden sich nun unter „Themen“.

So finden sich zum Beispiel die Fördermaßnahmen aus den unterschiedlichsten Bereichen gebündelt unter „Services“. Themen, die verwandt sind, wurden zusammengefasst. Alles ist über die Suche oder entsprechende Verlinkungen leicht zu finden.

Ein solcher Relaunch ist ein Kraftakt für alle Beteiligten. Der Internetauftritt umfasst knapp 130 Gigabyte und enthält rund 9800 Dokumente (von der pdf-Datei bis zum Regionalratsvideo). Bis diese ganzen Daten angepasst und vom alten Server auf die Testumgebung und dann von der Testumgebung auf den endgültigen neuen Server umgezogen waren, hat es Zeit und viele helfende Entwickler- und Programmierhände gebraucht.

Die Arbeit ist damit nicht beendet. Der Internetauftritt der Bezirksregierung wird weiter angepasst und optimiert und natürlich permanent aktualisiert.

Neue Homepage der Bezirksregierung



# Manchmal mahlen Mühlen auch schneller

Wie die Marktüberwachung ein Verfahren beschleunigen kann

Dass die Beteiligung einer Behörde bestimmte Abläufe deutlich vereinfachen und dabei neben Zeit und Nerven auch Kosten einsparen kann, dürfte nach der Auffassung vieler Menschen in diesem Land eher selten vorkommen. Im Fall der Einfuhr von mehreren tausend Klimageräten durch ein Unternehmen aus dem Großraum Düsseldorf konnte die Zentrale Stelle Marktüberwachung (ZSM) beim Dezernat 52 (Abfallwirtschaft) sich ein solches Resultat zugutehalten.

Im Dezember 2020 hatte das Unternehmen darüber informiert, dass bei der Produktion bestimmter Klimageräte eine Klemme für Kabel verbaut wurde, die eine Beschichtung mit einem unzulässig hohen Phthalat-Gehalt hat. Allein für den deutschen Markt waren davon knapp

30.000 Geräte mit einem Warenwert von rund 50 Millionen Euro betroffen. Ein Teil der Geräte war bereits ausgeliefert oder war auf Lager in Deutschland. Ein anderer Teil der Geräte befand sich aber noch auf dem Transportweg in die EU und musste daher zunächst die zuständigen Zollstellen passieren, bevor eine Freigabe für den EU-Markt erfolgen konnte.

Vor einer solchen Freigabe hätten aber zunächst die nicht-konformen Kabelklemmen in den Geräten ausgetauscht werden müssen. Für die bereits eingeführten Geräte war das ausschließlich eine technische Frage – bei den noch zu verzollenden Geräten erfordert das aber normalerweise ein besonderes Zollverfahren, die sogenannte „aktive Veredelung“, da ja vorab bekannt war, dass die an-



## Zur Person

- **Name:** Jan Horstmeier
- **Alter:** 55
- **Ausbildung:** Dipl.-Ing. Fachrichtung Chemietechnik
- **Bei der Bezirksregierung seit:** Integration der Staatlichen Umweltämter in die Bezirksregierungen – 2007/2008
- **In welcher Funktion:** Technischer Dezernent
- **Was ist meine Aufgabe:** Leiter der Zentralen Stelle Marktüberwachung technischer Produkte im Dezernat 52 – Abfallwirtschaft und anlagenbezogener Umweltschutz





gelieferten Geräte nicht den EU-Anforderungen genügen. Dieses Zollverfahren ist für die Einführer wie für die Zollbehörden recht arbeits- und zeitaufwändig und verlangt zudem die Hinterlegung einer Sicherheitsleistung, die sich am Warenwert orientiert und in diesem Fall entsprechend hoch gewesen wäre.

Die ZSM konnte in Abstimmung mit dem Unternehmen und dem Zollamt anbieten, dieses aufwändige Zollverfahren durch eine Freigabe unter nach Abfallrecht zu überwachenden Bedingungen – nämlich der Durchführung der erforderlichen Austausch- und Nacharbeiten – zu ersetzen. Damit konnten beim Einführer wie beim Zollamt erhebliche Ressourcen eingespart werden, und die Abläufe wurden deutlich beschleunigt. Das Angebot wurde dementsprechend dankbar angenommen.

Ein Klimagerät (Symbolfoto)

Die Registrierung des Geräteeingangs sowie die Dokumentation und Überprüfung der Gerätenachbesserung im Rahmen der getroffenen Vereinbarung erfolgten in enger Abstimmung mit dem Zollamt und dem Einführer. Die Prüfungen durch die ZSM hatten einige kleinere Mängel in der Dokumentation aufgedeckt, die aber unverzüglich behoben werden konnten. Bei einer Vor-Ort-Inspektion wurden die Nacharbeiten überwacht.

„Diese deutliche Verfahrensvereinfachung unter Wahrung der gesetzlichen Anforderungen an die Geräte wäre ohne die besondere Rolle der ZSM in der Marktüberwachung in NRW und die somit deren mögliche Koordinierung nicht möglich gewesen“, sagt Jan Horstmeier, Leiter der ZSM.

# Förderung für ein besonderes Denkmal

## Heimat erhalten und entwickeln

---

Wir schreiben das Jahr 1741: Kurpfälzische Auswanderer sind auf dem Weg nach Amerika, aufgrund fehlender Überfahrtspapiere verwehrt ihnen die niederländische Grenzbehörde die Einreise. Die Stadt Goch, direkt an der niederländischen Grenze, weist ihnen daraufhin einen Teil der Gocher Heide als Siedlungsgebiet zu. Die Pfälzer lassen sich nieder und neue Gemeinden entstehen, so z. B. Pfalzdorf und Luisendorf.

Doch was hat das mit den Aufgaben der Bezirksregierung 2021 zu tun? Am 25 August 2021 reiste die Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher nach Pfalzdorf, um dort einen Förderbescheid in Höhe von circa 120.000€ zu übergeben. Eine Familie hat das ehemalige Pfälzerhaus gekauft und beginnt eine umfangreiche Sanierung. In mühsamer Kleinarbeit schuftet das Ehepaar und befreit das alte Gemäuer vom Putz. Im vorderen Teil des Gebäudes soll die Wohnung für die Tochter entstehen, im hinteren Teil zwei weitere Wohnungen zur Vermietung. Außerdem gehört ein großer Saal zum Gebäude, dieser soll wiederhergerichtet werden und für Hochzeiten, Beerdigungen und Feiern in Pfalzdorf zur Verfügung stehen. Die alte Theke steht noch, ebenso die Empore für die Musik. Durch die Decke können die Neugierigen bis in den Himmel gucken.

Jeder benötigt viel Vorstellungskraft, um sich hier einen schönen Saal vorzustellen, in dem die Vermählung gefeiert werden könnte. Genau diese Vorstellungskraft hat Harald Siebert vom Dezernat 35 (Denkmalschutz). Mithilfe der 120.000 € werden die ersten Arbeiten begonnen, die Errichtung eines neuen Daches, die Abdichtung und Neubeschaffung von Türen und Fenstern, damit der aktuelle Zustand gehalten werden kann. Doch dies ist nur ein Anfang, die Liste der zu sanierenden Dinge ist lang.

„Mithilfe der Förderung kann hier wieder ein Mittelpunkt für das Dorfleben entstehen“, sagt die Regierungspräsidentin, „das erfordert zwar noch eine Menge Arbeit, aber in Zukunft wird das Pfälzerhaus wieder in neuem Glanz erstrahlen“.

Die zuwendungsfähigen Kosten betragen rund 292.000 Euro. Die Mittel stammen aus dem Programm zur Denkmalförderung des Landes NRW, welches das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MH-KBG) veröffentlicht.

Zahlreiche Förderbescheide konnte die Regierungspräsidentin 2021 wieder vor Ort an engagierte private Besitzerfamilien oder die Mitglieder von Vereinen überreichen. Und als Corona dies nicht zuließ, traf man sich zum virtuellen Übergabe im Videokonferenzraum.

Birgitta Radermacher (3. v. re.) trifft die engagierte Gocher Familie und den Landtagsabgeordneten Dr. Günther Bergmann (3. v. li.) gemeinsam mit Harald Siebert (2. v. li.) und Andreike Janetschek (1. v. re.) aus dem Fachdezernat 35.

---



# Übersetzer zwischen Kulturbetrieb und Verwaltung

Ralph Zinnikus, Leiter des Teildezernats für Kunst- und Kulturförderung und Förderung der allgemeinen Weiterbildung, spricht über seine Aufgaben und positive Auswirkungen des Lockdowns

## ***Herr Zinnikus, Kunst und Verwaltung – da prallen Welten aufeinander, oder?***

Na ja, die größeren Museen, Theater oder Ausstellungshäuser haben Verwaltungsmitarbeitende, die unsere Ansprechpersonen sind. Das ist ähnlich wie in anderen Bereichen. Aber wenn sich beispielsweise freie Kunstschaffende an uns wenden, ist das natürlich etwas Anderes. Viele von ihnen haben noch nie etwas mit Anträgen für Förderungen, den Bedingungen und Nachweisen zu

tuung gehabt. Besonders bei den digitalen Antragsverfahren ist der Beratungsbedarf groß. In solchen Fällen verstehe ich mich als Übersetzer zwischen Kulturbetrieb und Verwaltung. Dann ist es meine Aufgabe, die richtigen Fragen zu stellen und die Aussagen und Angaben der oder des Kunstschaffenden zu übersetzen, sodass sie in einem Verwaltungsverfahren bearbeitet werden können.



### ***Zur Person***

- **Name:** Ralph Zinnikus
- **Alter:** 53
- **Ausbildung:** Lehrer Sekundarstufen I und II, davor Ausbildung zum Buchhändler
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 2012
- **In welcher Funktion:** Dezernent
- **Was ist meine Aufgabe:** Kunst- und Kulturförderung und Förderung der allgemeinen Weiterbildung





### ***Hat Ihr beruflicher Werdegang in der Kultur oder in der Verwaltung angefangen?***

Weder noch – ich habe nach meiner Ausbildung zum Buchhändler Deutsch, Geschichte und Philosophie auf Lehramt studiert und war Direktor einer Realschule, als ich 2012 auf die Ausschreibung für meine jetzige Stelle bei der Bezirksregierung aufmerksam wurde.

Mich hat von Anfang an die Vielseitigkeit dieser Aufgabe gereizt. Wir haben mit vielen unterschiedlichen Menschen, Fachrichtungen und Berufen zu tun. Auch intern arbeiten wir etwa bei der Bauförderung im Kulturbereich eng mit dem Dezernat 35 zusammen, das die baufachliche Expertise einbringt. Sehr eng ist auch die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Unter anderem weil dort zahlreiche ehemalige Kolleginnen und Kollegen arbeiten, die die Zusammenhänge und Besonderheiten in unserem „Geschäft“ verstehen.

Kunst, Kultur und Weiterbildung sind Handlungsfelder, die sowohl innerhalb der Bezirksregierung als auch außerhalb aktiv vertreten werden sollten. Und dafür engagiere ich mich entsprechend.

### ***Finden Ihre Themen die Beachtung, die Sie sich wünschen?***

In der Regel sorgt Kultur für positive Aufmerksamkeit. Und diese positive Aufmerksamkeit kann man dann nutzen, um den Blick auf Dinge zu lenken, die nicht auf der Bühne stattfinden, an der Wand hängen oder in Stein dastehen. Das ist zwar nicht immer einfach und erfordert Durchhaltevermögen, aber dafür haben wir größere gestalterische Möglichkeiten als in manchen anderen Bereichen.

### ***Die Corona-Pandemie hat Ihrem Dezernat mit der Bewilligung der Stipendien für Kunstschaffende reichlich zusätzliche Arbeit beschert ...***

... aber die Pandemie hat auch viele positive Entwicklungen angeschoben! Es gab einen enormen Schub bei der Digitalisierung der Antragsverfahren. Auch die Digitalisierung unserer Arbeit bei der Bezirksregierung inklusive der Homeoffice-Möglichkeiten – da haben unser Haus und die IT-Kolleginnen und -Kollegen sehr gut und schnell auf die Corona-Situation reagiert.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich auch unser Zentrales Buchungsbüro hervorheben: Das Team musste, zusätzlich zu seiner normalen Arbeit, jede einzelne von uns bewilligte Förderung – allein 10.000 Stipendien – buchen. Und dazu teilweise noch Rückbuchungen, weil etwa die Bedingungen doch nicht erfüllt waren. Die Zusammenarbeit hat super geklappt und wir konnten Unklarheiten immer sofort klären. »

### ***Werden die Erfahrungen der Corona-Zeit längerfristig etwas verändern?***

Ich denke, dass die Corona-Pandemie die Tür für mehr Nachhaltigkeit und zeitsparende Arbeitsweisen aufgestoßen hat. Wir werden in Zukunft vielleicht weniger auf Dienstreisen sein, weil viele Besprechungen oder Jurysitzungen auch per Videokonferenz sehr gut laufen. Wir werden die üblichen Vorgehensweisen mehr hinterfragen und zu flexibleren Lösungen kommen zum Beispiel bei den Möglichkeiten, auch von zu Hause zu arbeiten.

### ***Freie Kunstschaffende hat der Lockdown hart getroffen, es gab keine Konzerte, Aufführungen oder Ausstellungen. Waren da die Stipendien nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein?***

Natürlich kann eine solche Unterstützung den regulären Kunstbetrieb mit seinen Einnahmemöglichkeiten nicht ersetzen. Aber die Rückmeldungen von vielen Künstlerinnen und Künstlern, denen wir eine Förderung bewilligen konnten, waren nicht nur unter finanziellen Aspekten positiv: Die Kunstschaffenden und ihre Arbeit, die durch die Corona-Pandemie ja quasi von der Bildfläche verschwunden waren, wurden durch die Vergabe der Stipendien wieder wahrgenommen. Zu der Förderung gehört ja auch, dass sie die Ergebnisse ihrer Arbeit nachweisen oder präsentieren müssen. Das ist für viele ein nicht zu unterschätzender positiver Effekt.



### ***Wenn Sie in ein Museum oder Theater gehen, für das ihr Dezernat eine Förderung bewilligt hat, können Sie dann die Kunst genießen oder fragen Sie sich ständig, ob das Geld sinnvoll eingesetzt wird?***

Als Besucher schaue ich manchmal, ob das Förderlogo richtig verwendet wird und solche Sachen, aber vorrangig interessiert mich dann das Stück oder die Ausstellung. Mein persönliches Kunstempfinden ist in dem Zusammenhang nicht ausschlaggebend. Wenn mir etwas nicht gefällt, heißt das ja nicht, dass es nicht gefördert werden sollte. Und Kunst bedeutet auch Experimentieren und neue Wege gehen – da muss auch mal was schiefgehen dürfen.

Außerdem haben sich meine Kunstinteressen auch erweitert: Tanz war eigentlich nicht so mein Ding. Aber seit ich die Arbeit der beiden bedeutendsten Tanz-Bühnen in Nordrhein-Westfalen miterlebe, bin ich zum Fan geworden. Das Tanzhaus NRW in Düsseldorf und das Performing Arts - Choreographisches Zentrum NRW – kurz PACT Zollverein – in Essen liegen beide in unserem Regierungsbereich. Und nun bekommen wir noch ein neues Haus für das Tanztheater in Wuppertal. Ich bin sehr gespannt, was dort über die Bühne gehen wird.

## ***Kleines, millionenschweres Teil-Dezernat***

Dass das Dezernat 48 der Bezirksregierung unter anderem die Geschicke der Museumsinsel Hombroich mitbestimmt oder auch des Tanzhauses NRW, dürften selbst viele Insider nicht wissen. Das Teil-Dezernat mit der Bezeichnung „**Kunst und Kulturförderung und Förderung der allgemeinen Weiterbildung**“ ist im Auftrag des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft auch an den Planungen für den Bau des Pina-Bausch-Zentrums in Wuppertal beteiligt. Denn wenn das Land NRW jährlich rund 190 Millionen Euro in Kunst und Kultur investiert, werden davon allein rund 90 Millionen Euro über die Kunst- und Kulturförderung des Dezernats 48 der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigt. Weitere prominente „Kunden“ sind das Museum Schloss Moyland, die Kunstsammlung NRW und das Performing Arts - Choreographisches Zentrum NRW in Essen (PACT Zollverein).

Durch die Corona-Pandemie kamen zusätzliche Aufgaben auf das Team zu: Um Kunst- und Kulturschaffende während des Lockdowns zu unterstützen, wurden 2020 und 2021 zusätzlich Stipendien für 10.000 Künstlerinnen und Künstler (insgesamt 6,5 Millionen Euro) aus Landesmitteln genehmigt sowie weitere ca. 10 Millionen Euro an weiteren Fördermitteln ausgezahlt.

Zudem ist das Team des Teil-Dezernats auch für die Weiterbildung von Erwachsenen beziehungsweise Menschen ab 16 Jahren in ganz Nordrhein-Westfalen zuständig. Dazu gehört beispielsweise die Finanzierung der Sprachförderung von geflüchteten oder zugewanderten Menschen oder die Anerkennung von Weiterbildungseinrichtungen für Arbeitnehmer, die etwa Seminare im Rahmen eines Bildungsurlaubs anbieten. Rund 50 Millionen Euro für Weiterbildung gehen pro Jahr über die Schreibtische im Gebäude der Bezirksregierung Am Bonnehof, wo das Teil-Dezernat untergebracht ist.

Noch verblüffender als die Vielfalt der Aufgaben des Teil-Dezernats ist die Zahl der Mitarbeitenden: Zum Team gehören neben Dezernent Ralph Zinnikus zwei Mitarbeiterinnen in Vollzeit und eine in Teilzeit. Für die Bearbeitung der Corona-Stipendien erhielten sie externe Unterstützung durch Mitarbeitende einer externen Firma – aber das normale „Tagesgeschäft“ bewältigt das eingespielte Team mit großem Engagement selbst.

# Auf Tauchstation

Mit einem Spezialschiff wird eine Fischwechselanlage inspiziert

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernats 54 (Wasserwirtschaft) auf Tauchstation: Sie hatten im Frühjahr die Möglichkeit, auf einem Tauchglockenschiff mitzufahren und sich so auch unterhalb der Wasseroberfläche einen Eindruck zu verschaffen von dem Bereich am ersten Ruhrwehr in Duisburg, wo die Fischwechselanlage erneuert werden soll.

Die Wasserschiffahrtsverwaltung Westdeutsche Kanäle (Duisburg-Meiderich) hatte im Rahmen der Unterhaltung des Ruhrwehrs das Spezialschiff Carl Straat vor Ort im Einsatz, das bundesweit im Rhein und seinen staugeregelten Nebengewässern zum Einsatz kommt (z.B. zur Räumung von Hindernissen oder zu wissenschaftlichen Zwecken). Dadurch bot sich den an der Planung Beteiligten die einzigartige Gelegenheit, vor dem Wehrfeld und der Inselwand abzutauchen.

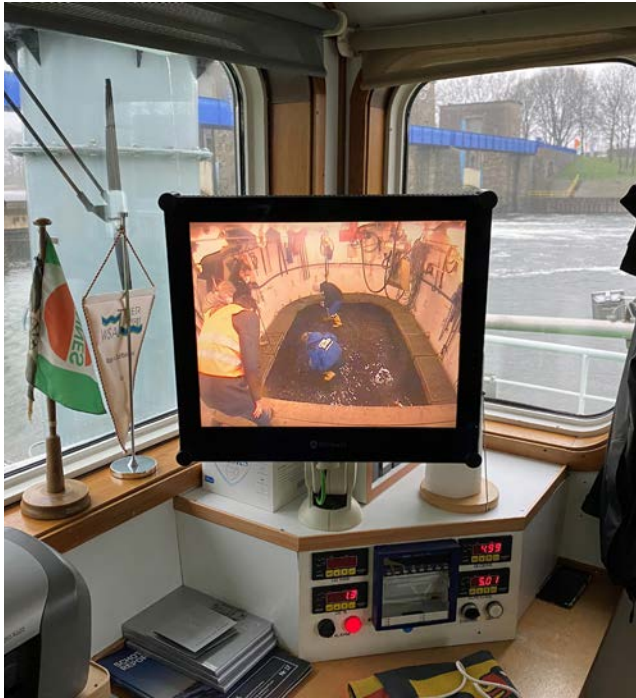
Vor dem Tauchgang mussten sich alle Personen einer Tauchtauglichkeitsuntersuchung durch einen Arbeitsmediziner unterziehen, da für den Tauchgang in der Taucherglocke Überdruck herrscht.

Die Glocke ist fest mit einer Röhre von gut zwei Metern Durchmesser verbunden und wird heckwärts in einem Ausschnitt im Rumpf des Schiffs bis auf den Grund abgesenkt. In der Röhre ist eine Treppe untergebracht, über die man nach unten steigt, um den Flussgrund zu untersuchen und etwaige Hindernisse für deren Bergung vorzubereiten.

Die „alte“ Carl Straat (Baujahr 1963) wird außer Betrieb gestellt und durch eine „neue“, bauähnliche und 17 Meter längere (Länge: 69 m), ersetzt.







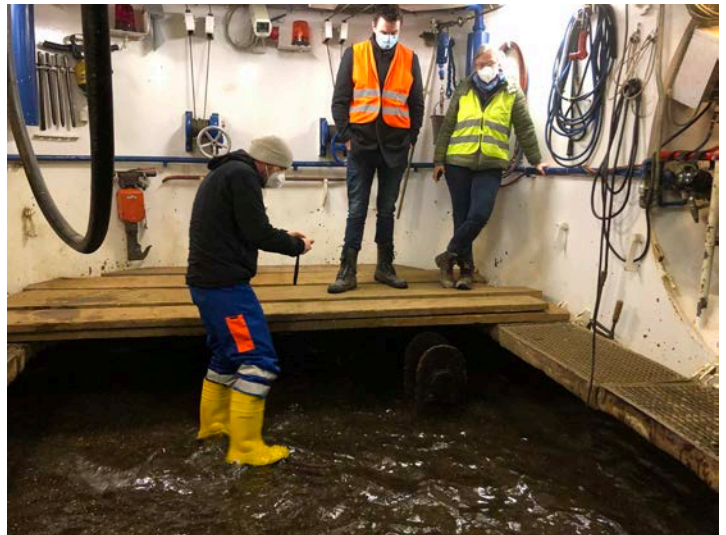
Am Monitor im Führerhaus kann man Sichtkontakt zu der Tauchglocke halten.

Während des rund einstündigen Tauchgangs besteht zwischen dem „Vorarbeiter“ und dem Schiffsführer über Telefon ständig Kontakt und es werden Anweisungen ausgetauscht, wie das Schiff bewegt werden soll. Zur Sicherheit wird über eine Kamera in der Glocke und einen Monitor im Führerhaus Sichtkontakt gehalten und man kann von dort den Tauchgang verfolgen.

„Durch den Tauchgang konnten wir Einblicke über die Sohlbeschaffenheit der Ruhr, des Wehrs und von Sohleinbauten gewinnen, die für die weitere Planung der neuen Fischwechselanlage wertvoll sind“ fasst Andrea Wehrmeister, technische Sachbearbeiterin, aus dem Dezernat Wasserwirtschaft, die Erkenntnisse aus dem ungewöhnlichen Tauchgang zusammen. »

Durch die Röhre wird beständig Luft gepumpt, um den Überdruck zu erzeugen und das Wasser herauszuhalten, aber vor allem als Sauerstoffversorgung für die in der Glocke arbeitenden Personen. Vor dem Einstieg wird in einer Druckkammer in Abhängigkeit der Tauchtiefe der Druck aufgebaut (rd. 1 Minute je 0,1 bar). Eine Tauchtiefe bis zehn Meter ist möglich.

In der Tauchglocke.



Die Bezirksregierung Düsseldorf plant und baut eigenverantwortlich für die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes eine Fischaufstiegs- und Fischabstiegsanlage auf der Ruhrinsel an der Stauanlage in Duisburg. Das Ruhrwehr in Duisburg stellt als unterstes Querbauwerk des Flusses die erste ökologische Wanderbarriere für aufstiegswillige Fische vom Rhein in die Ruhr dar. Die Wiederherstellung der Durchgängigkeit hat damit eine Schlüsselfunktion für das gesamte Einzugsgebiet der Ruhr. Nach derzeitigem Planungsstand sollen die Bauarbeiten im Jahr 2024 beginnen, so dass ab Fertigstellung im Jahr 2027 wieder Maifisch, Lachs und Co. einwandern können.

Die Carl Straat befuhr einen Abschnitt von rund 30 Metern Länge unmittelbar entlang der Inselmauer in einer Tiefe von fünf Metern. Aufgrund der vorhandenen Hindernisse und Unebenheiten konnte die Sohle allerdings nicht vollständig trockengelegt werden. Dennoch konnten die Passagiere wertvolle Erkenntnisse und ein einmaliges Erlebnis mitnehmen.



### *Zur Person*

- **Name:** Andrea Wehrmeister
- **Alter:** 57
- **Ausbildung:** Bauingenieurin, Schwerpunkt: Wasserbau und Abfallwirtschaft
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 01. Januar 2001
- **In welcher Funktion:** technische Sachbearbeiterin im Dezernat 54, Hochwasserschutz / Oberflächengewässer
- **Was ist meine Aufgabe:** Bei Maßnahmen zur Sanierung von Hochwasserschutzanlagen sowie von Maßnahmen im Überschwemmungsgebiet oder Rückstaubereich des Rheins unterstütze ich Kommunen, Verbände und Dritte im Regierungsbezirk Düsseldorf. Weiterer Schwerpunkt ist die Bauüberwachung und Bauzustandsbesichtigung von Großvorhaben des Wasserbaus am Rhein.

# Wasserstoff – Energiequelle mit Zukunft

Bezirksregierung unterstützt Projekte zur CO<sub>2</sub>-Reduktion



Bei vielen Projekten der Industrie ist die Bezirksregierung Düsseldorf ständiger Partner. Dabei den immer größer werdenden gesetzlichen Anforderungen und den Klimazielen zu genügen, ist sowohl für die Industrie, als auch für die Genehmigungs- und später die Überwachungstätigkeit im Dezernat 53 (Immissionsschutz) eine anspruchsvolle Aufgabe. Ziel dieser Aufgabe ist, verwaltungsrechtlich möglichst schnell die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen für die baldige Produktion mit deutlich weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen sicherzustellen.

Wie anspruchsvoll diese Entwicklung für alle Beteiligten ist, zeigt das Beispiel Thyssenkrupp Steel Europe AG (tkSE). Die vom Unternehmen in Duisburg geplante „Strategie 20-30“ beschreibt einen umfangreichen Veränderungsprozess, der in der Stahlbranche von neuen innovativen Produktionsverfahren gekennzeichnet ist.

tkSE-Hochöfen in Duisburg aus der Vogelperspektive.

Ziele von tkSE sind dabei auch die Klimaneutralität und die Optimierung der Rohstoffstrategie. tkSE setzt bei der Erreichung der Klimaneutralität auf zwei parallel zu verfolgende Technologien:

- Carbon Direct Avoidance (CDA), also die Vermeidung der CO<sub>2</sub>-Bildung durch Einsatz von Wasserstoff im Hochofen oder in Direktreduktionsanlagen, sowie
- Carbon Capture and Usage (CCU), also die stoffliche Nutzung von in der Stahlproduktion entstehendem CO<sub>2</sub> durch die sog. Carbon2Chem-Technologie. »



Wasserstoff-Versuchsanlage bei tkSE.

Wesentliches Element der CDA-Strategie ist der Umstieg von Hochöfen auf Direkt-Reduktionsanlagen zur Stahlherzeugung. Diese stellen eine neuartige Technologie auf Basis von Erdgas bzw. Wasserstoff als Energieträger statt Koks und Kohle dar, die in dieser Größenordnung in Deutschland noch nicht realisiert worden ist.

Zudem bestehen die Herausforderungen für Dezernat 53 und die im Genehmigungsverfahren eingebundenen Behörden nicht nur in der genehmigungsrechtlichen Umsetzung der neuen Technologien. Auch die seit Jahrzehnten genutzten anderen Anlagen, die im Zusammenspiel z.B. den Stahlstandort Duisburg ausmachen, müssen an die neue Ausrichtung der Stahlproduktion bei tkSE angepasst werden. Dabei muss den sich stetig steigenden umweltrechtlichen Anforderungen Genüge getan werden.

Intensive Abstimmungen mit obersten und unteren Behörden nehmen daher einen nicht zu vernachlässigenden Umfang an. Ohne ständigen, über das normale Maß hinausgehenden Austausch, der sofort nach Bekanntwerden der Planungen begann, sind diese Aufgaben nicht zu bewältigen.

Die Umsetzung der fachlichen Aspekte sowie die Vielzahl der Einzelvorhaben, (d.h. der Anzahl der Antragseingänge verbunden mit überdurchschnittlichem Abstimmungsaufwand) erfordern eine personelle Aufstockung in dem Team, das die verwaltungsrechtliche Bearbeitung im Dezernat leisten muss.

Für den Einstieg in die Nutzung von CO<sub>2</sub> als Rohstoff für die chemische Produktion im industriellen Maßstab unter „Carbon2Chem“ kooperiert tkSE mit anderen Partnern. Aktuell finden Erprobungen im Technikumsmaßstab statt. Die ersten Anträge für Produktionsanlagen werden nach einem Scale Up erst in etwa zwei Jahren erwartet. Gleichwohl läuft im Dezernat 53 bereits ein Genehmigungsverfahren für die Errichtung und den Betrieb einer Wasserstoffeinblasanlage am Hochofen 9 in Duisburg.

Bei den Herausforderungen für die verwaltungsrechtliche Umsetzung dieses Großprojektes darf man nicht vergessen, dass der dafür (und für alle anderen Projekte des Umstiegs auf eine klimafreundlichere Industrieproduktion oder auch zur Sicherung der Transportaufgaben) benötigte Wasserstoff auf möglichst umweltneutralem Wege bereitgestellt werden muss.

Ein steigender Bedarf wird voraussichtlich eine Vielzahl von neuen industriellen Anlagen zur „Erzeugung“ von Wasserstoff zur Folge haben. Und wieder wird es notwendig sein, sich den dann ergebenden Herausforderungen - nur diesmal in anderen dafür zuständigen Bereichen des Dezernates 53 - zu stellen.



# Sturmtief Bernd traf auch den Regierungsbezirk

Bis zu 5800 Kräfte waren gleichzeitig im Einsatz

Drei Tote, zehn Verletzte und jede Menge Sachschaden – so lautete die erste trauige Bilanz nach Sturmtief Bernd, das im Juli auch im Regierungsbezirk Düsseldorf gewütet hatte. Bis zu 5800 Einsatzkräfte waren gleichzeitig im Einsatz, um in den besonders betroffenen Städten Düsseldorf, Essen, Mönchengladbach, Oberhausen, Solingen, Wuppertal, Erkrath, Hilden, Langenfeld und Velbert zu helfen.

Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher dankte allen, die in der Not angepackt und geholfen haben – zum Teil ohne Rücksicht auf eigene Betroffenheit.



## Dezernat 22 – Einsatzunterstützung (EU)

Die Rufbereitschaft des Dezernats 22 hatte schnell die Ernsthaftigkeit der Situation erkannt und forderte noch in der Nacht Unterstützung an: Vom Hochwasser bedrohte Gemeinden im Regierungsbezirk benötigten dringend mehr Einsatzkräfte.

Vier Mitarbeitende des Dezernats 22 kehrten frühzeitig aus ihrem Urlaub an den Arbeitsplatz zurück, Kräfte aus dem Bezirk wurden zusammengezogen und an die Einsatzorte delegiert. Die Bezirksregierungen Arnsberg und Köln konnten aufgrund der eigenen Betroffenheit kaum unterstützen, aber Münster und Detmold hatten noch Kapazitäten und halfen.

Zahlen, Daten, Fakten aus den Kommunen sammeln, auswerten, kontrollieren und Einsatzkräfte verlegen, sowie den umfangreichen Berichtspflichten an das Innenministerium nachkommen – das war der Schwerpunkt der Dezernatsarbeit.

In der Krise um Sturmtief Bernd kam erstmals ein Konzept der landesweiten Hilfe zum Tragen, das 2019 für ganz NRW entwickelt wurde: die Mobile Führungsunterstützung (MoFüSt NRW). Aus den fünf Landkreisen und zehn Städten im Regierungsbezirk Düsseldorf sind jeweils zwei (Essen und Düsseldorf je drei) Führungskräfte aus Freiwilligen und Berufsfeuerwehren in der Mobil-Führungsunterstützung; ein Kompetenzpool, das im Ernstfall angefordert wird. »

Flutschäden an der Koster Brücke Hattingen.

Die Bezirksregierung Düsseldorf ist als „Verbinder“ in der Einsatzleitung der MoFüSt; sie koordiniert und organisiert den Einsatz (Ort, Einsatzzeiten etc.) sowie Anreise, Unterbringung, Verpflegung und hält Kontakt zu den einsetzenden Stellen. In der letzten Juliwoche wurde die Unterstützung für Rheinland-Pfalz geplant und die Helfer wurden als Stabsfunktion 1 (vergleichbar Innerer Dienst) im Krisenstabsteam des Landes Rheinland-Pfalz in Ahrweiler eingesetzt. Premiere hatte das MoFüSt-Team in den Städten Erkrath und Erftstadt.

„Wir hatten den großen Vorteil, dass wir auf einheitlich vorgeplante Konzepte zurückgreifen konnten. Die anfordernde Stelle weiß, was sie bekommt und die hilfeleistende Stelle, was sie entsenden muss und kann diese Einheiten koordiniert in den Einsatz bringen“, sagt Dezernent Dr. Marcus Hans. „Das hat sich jetzt sehr bewährt.“ Was außerdem zu dem Erfolg beiträgt: Die Ausrüstung ist den Aufgaben angemessen. „Unsere Hochleistungsförderpumpen haben Wasser aus der Talsperre in Euskirchen abgeleitet und wochenlang sind sieben Pumpen in Erftstadt gelaufen, um die Erft wieder in ihr Flußbett zu führen. Pumpen waren zeitweise Mangelware.“ Teuer, aber sinnvoll sei auch die Entscheidung gewesen, geländefähige Fahrzeuge zum Transport der Maschinen anzuschaffen. „Ohne sie kommt man im Katastrophengebiet nirgends hin“, sagt Dr. Hans.

Was man vorgeplant und beschafft hat, habe sich in dieser Krise bewährt, resümiert er und ergänzt: „Alle haben sehr gut mitgezogen, die Kolleginnen und Kollegen, die Einsatzkräfte und nicht zuletzt die Menschen, die sich ehrenamtlich im Katastrophenschutz einsetzen. Alle waren angesichts der dramatischen Ereignisse hoch motiviert zu helfen.“

### **Dezernat 26 - überörtliche Luftaufsicht**

Im Zuge der Extremwetterlage Bernd unterstützte Dezernat 26 die Hilfskräfte in den betroffenen Krisengebieten Erftstadt, Bad Münstereifel, Schleiden/Gmünd, Stolberg und Heinsberg. Die Teams hielten Ausschau nach Drohnen, um die Flüge der Einsatzhubschrauber von Bundeswehr, Landespolizei und Bundespolizei sowie der Einsatzdrohnen von THW, Feuerwehr und DLRG zu sichern. Private Drohnen wurden geortet und die Steuerer ausfindig gemacht. So wurden potentielle Gefahrenquellen gebannt – und nicht zuletzt die Privatsphäre von Opfern geschützt.

Die Notwendigkeit des Einsatzes zeigt sich vor allem an der Zahl der festgestellten Verstöße: An einem Tag hat das Team im Einsatzgebiet Erftstadt bis Euskirchen 15 Drohnen detektiert und zehn Steuerer ausfindig gemacht, am nächsten Tag im Einsatzgebiet Erftstadt, Bad Münstereifel, Gemünd, Schleiden, Stollberg, Heinsberg-Ophoven zehn Drohnen und sechs Steuerer. An drei weiteren Tagen wurden in Erftstadt 31 Drohnen und 18 Steuerer identifiziert. Der Spitzenreiter und brandgefährlich: 374 Meter über Grund wurde eine Drohne ausfindig gemacht – die Hubschrauber operieren überwiegend in Höhen von Null bis 500 Metern über Grund.



Das Team beteiligte sich auch mit Erfolg an der Koordination zwischen den aktiven Einsatzkräften und dem Flugbetriebskoordinator der Einsatzhubschrauber, vermittelte zwischen den regulär aktiven Drohnenpiloten, Hubschrauberpiloten und Bodeneinheiten und unterstützte im Verbund mit der Bundespolizei die „Big Pack“ Operation der Bundeswehr, die mit Hilfe der CH-53G Hubschrauber Sandsäcke am Verlauf der überfluteten Erft im Tiefstflug absetzten.

In vielen Gesprächen mit Betroffenen und Einsatzkräften ging es immer wieder um die Rechte und Pflichten von Drohnenpiloten in einer Flugbeschränkungszone. Mit Folgen: Polizei und Krisenstab veröffentlichten eindringliche Appelle an Privatpersonen und Medienvertreter, jedwede Drohnenflüge zu unterlassen.

### Dezernat 54 - Wasserwirtschaft

Mit dem sich zurückziehenden Wasser nach den Sturmfluten begann für das Dezernat 54 nach den Überprüfungen und Maßnahmen während des Hochwassers der größere Teil der Arbeit.

Nach umfangreichen Untersuchungen und Kontrollen konnte die Ruhr wieder für die Schifffahrt freigegeben werden. Zuvor war der Fluss zweimal mit Spezialbooten auf Hindernisse, Treibgut etc. untersucht worden, die beim Befahren des Flusses gefährlich werden könnten. Die Arbeiten für die Ruhrunterhaltung waren damit jedoch noch lange nicht abgeschlossen. Viele Fahrwassertonnen waren abgedriftet oder beschädigt worden, mussten ersetzt oder neu ausgerichtet werden. So lange galt für das Befahren des Flusses höchste Vorsicht.

Auch an den Wehren, Schleusen und Bootsgassen wartete noch viel Arbeit auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ruhrunterhaltung. Treibgut hatte sich dort gesammelt und dabei ging es nicht nur um Äste, sondern um weggerissene Bootsstege, Schlauchboote u.ä. So mussten die Bootsgassen gesperrt bleiben, bis sie kontrolliert und geräumt waren. An der Schleuse Kettwig gab es zudem ein Problem mit der Elektrik.

Auch die Ruhrunterhaltung selbst blieb vom Hochwasser nicht verschont. Unter anderem stand auch der Betriebshof in Hattingen unter Wasser. »

Ein weiteres Thema für das Dezernat 54 sind die Deiche. In der Flutnacht waren Mitarbeiter vor Ort u.a. in Oberhausen-Alstaden und Mülheim-Saarn, um die Sicherung der dortigen Ruhr-Deiche zu überwachen und die Helfer zu beraten. Zum Glück konnten beide Deiche gehalten werden. Mülheims Oberbürgermeister Mark Buchholz hat sich für die „schnelle und effektive Zusammenarbeit und die tatkräftige Unterstützung vor Ort“ ausdrücklich bei der Bezirksregierung bedankt. Hier und in den anderen Kommunen fanden in der Folge zahlreiche Gespräche mit den Hochwasserschutzverantwortlichen statt, um zu klären, wie es dort weitergeht, welche Maßnahmen erforderlich sind.

Ein Hauptaugenmerk lag - nach Überflutungen und Ausfällen von Kläranlagen sowie Schadstoffeinträgen durch überflutete Unternehmen oder Heizungsanlagen - auf der Wasserqualität. Schließlich hängt davon zum Teil die Trinkwasserversorgung ab - aber auch die Bemühungen um Renaturierungen. Tonnenschwere Steine, die für eine Abwechslung im Strömungsverlauf des Flusslaufs sorgen sollen, wurden einfach weggespült, wie z.B. der an die Elefantendame „Tuffi“ erinnernde Störstein in der Wupper.

Störstein „Tuffi“

Während der akuten Hochwasserlage war der Hochwasserstab des Dezernats aktiv, um Pegelstände, die Lage an Talsperren, Kläranlagen und Deichen im Blick zu behalten und dem Krisenstab der Bezirksregierung zuzuarbeiten. Im Nachgang fanden zahlreiche Kontrollen, Überprüfungen, Berechnungen und Gespräche statt, zur Schadensfeststellung aber auch, um in Abstimmung mit Landesumweltamt, Kommunen, Verbänden, Versorgern etc. die Ereignisse und Folgen aufzuarbeiten, zu analysieren und über notwendige Verbesserungen und Veränderungen zu sprechen.

Dabei ging es auch um mögliche Anpassungen beim Hochwasserrisikomanagement und den entsprechenden Karten, die ebenfalls im Dezernat 54 erarbeitet werden. „Vor dem Hintergrund der Ereignisse werden Hochwasserschutz und Hochwasserrisikomanagement im Austausch mit den hochwasserschutzpflichtigen Verbänden und Kommunen auf den Prüfstand kommen“, sagt der zuständige Hauptdezernent Wasserwirtschaft, Jörg Matthes.





#### Abteilung 4 - Schulen

Auch Schulgebäude im Regierungsbezirk waren vom Hochwasser betroffen. Besonders in Düsseldorf, Essen, Wuppertal, Hilden, Erkrath und Duisburg hatte das Wasser Spuren hinterlassen. Es galt, den Unterrichtsbeginn nach den Sommerferien sicherzustellen. Zum Glück konnte das Schuljahr nach den ersten Erkenntnissen überall wie geplant mit Präsenzunterricht für alle Schülerinnen und Schüler starten. An einem Gymnasium in Essen und einer Wuppertaler Gesamtschule musste wegen der Schäden allerdings improvisiert werden. In Absprache mit den Schulträgern und in Kooperation mit anderen Schulen wurden Lösungen gefunden.

#### Hilfe für Betroffene

Die Landesregierung NRW hatte auf ihrer Homepage detaillierte Informationen über die finanzielle Soforthilfe zur Unwetterkatastrophe in NRW veröffentlicht.

Es gab zudem zahlreiche Möglichkeiten, für die Opfer der Flutkatastrophe zu spenden. Die großen Hilfsorganisationen in Nordrhein-Westfalen hatten sich in der Aktion „NRW hilft“ zu einem Spendenbündnis zusammengeschlossen. Die Koordination der Aktion übernahm das Deutsche Rote Kreuz.



Wiederaufbauhilfe zur  
Unwetterkatastrophe

# Arbeitsschutz auf dem Windrad

Höhentauglichkeit ist Voraussetzung für die Tätigkeit

Die Verfahrensstelle in Dezernat 55 (technischer Arbeitsschutz) kann nun ohne Probleme auch Begehungen/Abnahmen vor Ort bei Windkraftträdern durchführen. Die entsprechende Eignung für Arbeiten in Höhen lag im Frühjahr 2021 bei den ersten Beschäftigten vor.

Aufgrund vermehrt festgestellter Arbeitsschutzmängel in Windenergieanlagen fand im Frühjahr 2021 eine Videokonferenz unter Teilnahme der Bezirksregierungen statt. Ziel war, geeignete Lösungen zu finden und ein NRW-weit einheitliches Verwaltungshandeln sicherzustellen.

Mögliche Arbeitsschutzmängel sollen bereits präventiv im Genehmigungsverfahren erkannt und verhindert werden.

Um ein besseres Verständnis für die aktuelle Problematik zu bekommen, wurde in Stadtlohn eine Windenergieanlage besichtigt. Teilgenommen haben hierbei auch drei Vertreter der Bezirksregierung Düsseldorf: Yvonne Wloch, Moritz Albrecht und Özgür Adigüzel. »



## Zur Person

- **Name:** Yvonne Wloch
- **Alter:** 35
- **Ausbildung:** Master of Science in Biologie und Ausbildung bei der Bezirksregierung Düsseldorf zur Gewerbeoberinspektorin
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 2015
- **In welcher Funktion:** Gewerbeamtfrau
- **Was ist meine Aufgabe:** Ich bin seit 2016 in der Zentralen Verfahrensstelle tätig. Mein Tätigkeitsfeld sind Erlaubnisverfahren nach der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Verwendung von Arbeitsmitteln, arbeitsschutzrechtliche Stellungnahmen zu Anträgen nach Bundes-Immissionsschutz-Gesetz (hierunter fallen auch Anträge zu Errichtungen und Änderungen von Windenergieanlagen) und anderen Rechtsvorschriften. Zusätzlich führte ich Systemkontrollen im Rahmen der risikoorientierten Überwachung durch (zukünftig Systembewertungen).



Die Mitarbeitenden der Bezirksregierung bei der Besichtigung in Stadtlöhn.

---



Befahranlage im Inneren des Windrades.

---



Bevor es auf die 160 Meter hohe Windenergieanlage gehen sollte, hatten die drei Sachbearbeiter der Zentralen Verfahrensstelle im Rahmen der Angebotsvorsorge die Möglichkeit, eine „G41-Untersuchung“ beim Betriebsarzt durchzuführen, um die Höhentauglichkeit festzustellen.

Über eine Befahranlage ging es auf die oberste Plattform der Windenergieanlage und dann weiter über zwei Leitern in den Maschinenraum der Gondel. Die beengten Räumlichkeiten und die Arbeitsbedingungen von Wartungsinstallateuren konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung auf diese Weise eindrucksvoll in der Praxis erleben.

Wenig Platz im Inneren des Windrads.

---

Die häufigsten Probleme an Windenergieanlagen sind nämlich die zum Teil extrem engen Verhältnisse in dem Maschinenhaus. Daher gibt es vermehrt Probleme bei der Ausgestaltung der Flucht- und Rettungswege. Die Fluchtwegbreiten sind zu klein bemessen, so dass im Gefahrenfall eine verletzte Person nicht geborgen werden kann.

In der besichtigten Anlage waren die in der Vergangenheit festgestellten Arbeitsschutzmängel bereits beseitigt. So bestand die Möglichkeit, verschiedene Maßnahmen des Arbeitsschutzes direkt vor Ort in Augenschein zu nehmen.

Zum Abschluss der Besichtigung konnten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen bei perfekten Wetterbedingungen die Aussicht vom Dach der Gondel genießen. Yvonne Wloch: „Die Aussicht auf der Gondel der Windenergieanlage war überwältigend. Aufgrund des schönen Wetters hatte ich einen Weitblick über den schönen Kreis Borken. Ich habe großen Respekt vor der Arbeit der Service-Monteur, insbesondere, weil bei der Besichtigung der Windenergieanlage noch einmal deutlich wurde unter welchen schwierigen und zum Teil sehr beengten, Verhältnissen die Monteur täglich arbeiten müssen.“

Die Aussicht aus luftiger Höhe.

---





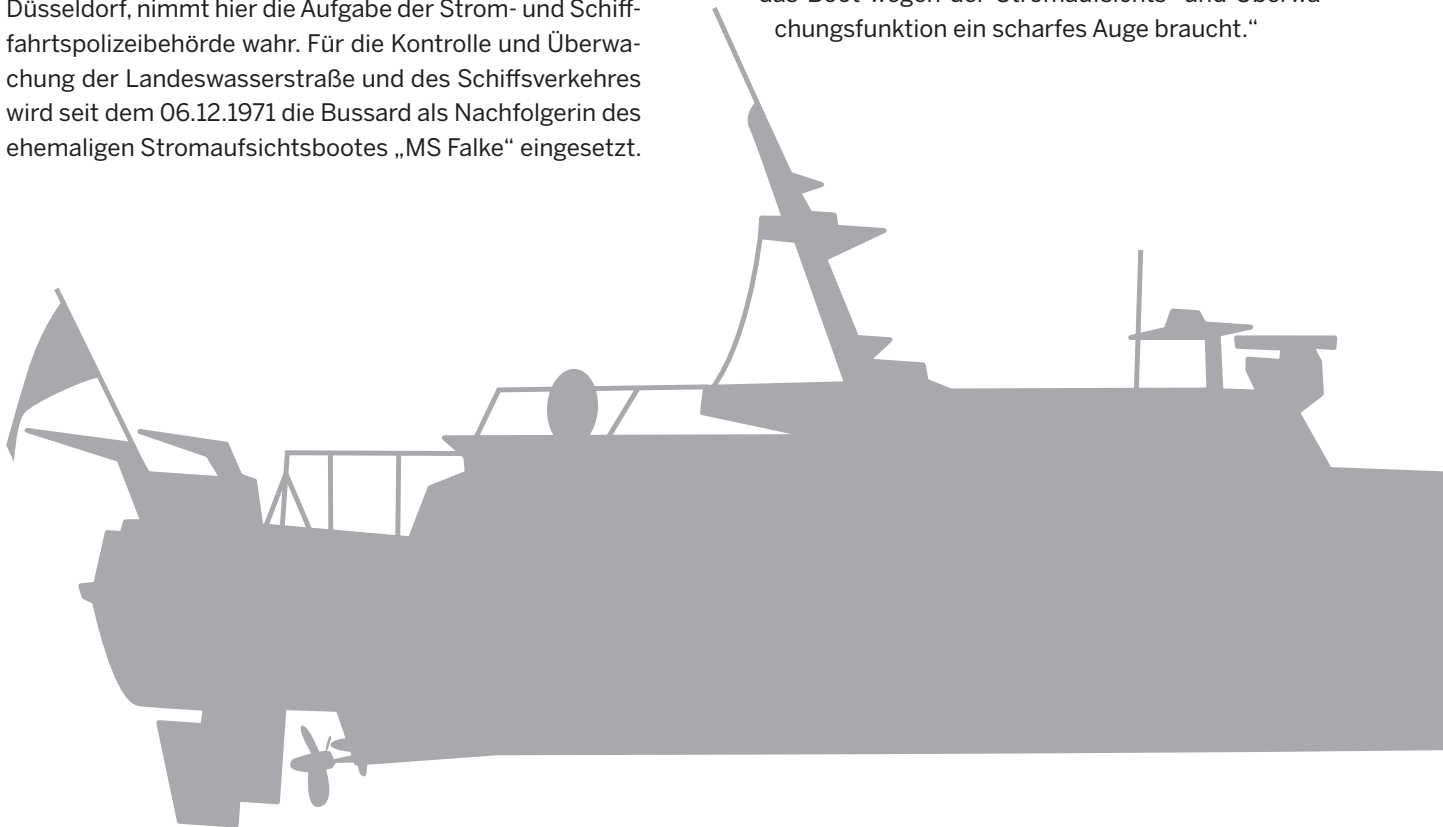
# Dieser Bussard fühlt sich nur auf dem Wasser wohl

Stromaufsichtsboot der Bezirksregierung wird 50 Jahre alt

Dieser Bussard ist weiblich und hält sich ausschließlich auf dem Wasser auf: Vor 50 Jahren wurde das Stromaufsichtsboot „MS Bussard“ in Dienst gestellt. Seitdem hat das Schiff bei verschiedenen Behörden des Landes NRW seinen Dienst verrichtet. Heute gehört es zur Ausstattung der Ruhraufsicht der Bezirksregierung Düsseldorf.

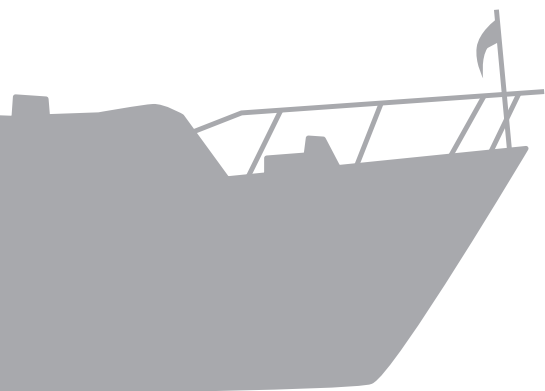
Die Ruhr ist zwischen Kilometer 12,2 und 41,4 als einziges Gewässer in Nordrhein-Westfalen Landeswasserstraße. Das Land NRW, genauer gesagt die Bezirksregierung Düsseldorf, nimmt hier die Aufgabe der Strom- und Schifffahrtspolizeibehörde wahr. Für die Kontrolle und Überwachung der Landeswasserstraße und des Schiffsverkehrs wird seit dem 06.12.1971 die Bussard als Nachfolgerin des ehemaligen Stromaufsichtsbootes „MS Falke“ eingesetzt.

Auf die Frage, warum die Stromaufsichtsboote nach Raubvögeln benannt werden, sagt Schiffsführer Frank Büning: „Fast alle Boote haben bei uns traditionsgemäß Vogelbezeichnungen. So gibt es auch die Ralle, die Wildente, die Möwe, den Kormoran und die Stelze.“ Warum die Bussard nach einem Raubvogel benannt wurde, während bei den anderen doch eher Wasservogel Pate standen, kann er nicht sagen, hat aber – augenzwinkernd – eine Vermutung: „Ich würde es so interpretieren, dass das Boot wegen der Stromaufsichts- und Überwachungsfunktion ein scharfes Auge braucht.“



Das Schiff ist 18,50 Meter lang, 4,15 Meter breit und hat einen Tiefgang von 90 Zentimetern. In stillen Gewässern erreicht es eine Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h. Sein Heimathafen ist am Wasserbahnhof in Mülheim. Von hier aus nehmen die beiden Besatzungsmitglieder (Schiffsführer und Matrose) ihre Überwachungs- und Kontrollfahrten auf. Diese beschränken sich nicht nur auf die Ruhr, sondern führen sie im Rahmen z.B. von Einleitungs- und Bauwerksüberwachungen bzw. Schub- und Schleppfahrten auch auf den Rhein, die Westdeutschen Kanäle, im Einzelfall sogar bis in ostdeutsche Gewässer.

Als Besonderheit kann die Bussard in Fahrt die Fahrge-  
schwindigkeit anderer Wasserfahrzeuge gerichts-  
fest dokumentieren und somit einen wichtigen Beitrag zur  
Verkehrssicherheit auf der Ruhr leisten.



### *Zu den Aufgaben der Stromaufsicht gehören u.a.:*

- Kontrollfahrten mit Sichtkontrollen
- Fahrwasserzeichen reinigen und instanzsetzen
- Freizeitkapitäne unterweisen und hilfreich zur Seite stehen
- Geschwindigkeitskontrollen mit dem Radarpiloten
- Gegenstände (Bäume, Scooter, Fahrräder, Kanus) bergen
- Leichen sichern in Amtshilfe mit Polizei und Feuerwehr
- Eigene Fahrzeuge an die Werft bringen
- Untiefen peilen
- Besichtigungsfahrten und Arbeitsgespräche
- Gewässerprobeentnahme
- Gefahren durch Müll oder Gegenstände in der Ruhr abwenden
- Fischeaufstiege kontrollieren und reinigen

Dass sie nationale, sogar internationale Bekanntheit erlangt hat, ist Delegationsbereisungen u.a. aus China und Argentinien, verschiedenen Ministerbesuchen, aber auch zahlreichen Berichten der filmenden und schreibenden Medien zu verdanken. Frank Büning schätzt, dass das Schiff schon tausende Male fotografiert wurde: „Als altgedientes Fahrzeug für Bereisungen findet die Bussard allzeit großen Zuspruch über die Grenzen der Bezirksregierung hinaus. Sie stellt eine Autorität für alle Schifffahrtstreibende auf der Ruhr dar.“ »



Foto links und unten: Modellboot der Bussard

Dem Bekanntheitsgrad ist es auch zuzuschreiben, dass das Schiff von vielen Modellbauern in liebevoller Kleinarbeit nachgebaut wird.

Gebaut wurde die Bussard 1971 an der Schottelwerft Oberspay. Um den Anforderungen der Schiffsuntersuchungsordnung, aber auch den Aufgabenzuwächsen und -änderungen gerecht zu werden, wird das Wasserfahrzeug ständig auf den Stand der Technik gehalten und nachgerüstet. Auf die Frage, ob sie nach 50 Jahren noch modern und fit genug ist, ist Bünings Antwort angesichts sich rasch wandelnder Technik zwiegespalten: „Ihre Arbeiten erledigt sie mit Bravour! Aber auch sie kommt in die Jahre, und es sollte überlegt werden, ob das Fahrzeug für moderne Aufgaben sowie die Auflagen der SUK (Schiffsuntersuchungskommission & Schiffseichamt des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes) gut genug gerüstet ist.“

Im Laufe seiner Dienstjahre hat das Schiff von der Laufleistung her bereits mehrmals die Erde umrundet und neben der dienstlichen Routine, auch einige Sondereinsätze fahren müssen und dürfen.

Aufgrund des aktuellen Zustandes des Schiffes wird die Bussard wohl noch lange auf den unterschiedlichen Gewässern unterwegs sein. Ob dann irgendwann mal ein Habicht ihre Aufgabe als Stromaufsichtsboot übernimmt, bleibt abzuwarten.

Vier Fragen an Frank Bünig,  
einer von fünf Schiffsführern:

### ***1. Ist das Schiffsführen Teil der Ausbildung bei der Bezirksregierung oder wo haben Sie es erlernt?***

Das kommt auf das Einsatzgebiet an! Auf der Ruhr genügt das Ruhrpatent, auf dem Rhein wird ein Rheinschifferpatent benötigt. Letzteres wird nicht von der Bezirksregierung angeboten, die aber bei der Ausbildung unterstützt.

### ***2. Was ist der Unterschied zum Führen eines Autos oder Lkw?***

Im Grunde keiner! Als einziges sehe ich, dass die Straße fest ist und die Ruhr fließt. Also muss man schauen, fährt man mit oder gegen die Strömung. Beim Lkw wäre es mit Bergfahren im Winter vergleichbar. Beides verlangt ein Maß an entsprechender Ausbildung, Verantwortungsbeusstsein und Freude am Beruf.





### 3. Was waren die einprägsamsten Erlebnisse mit der Bussard?

Am 8. Februar 1988 kam es in Mintard zu einem Flugzeugabsturz, hierbei war das Stromaufsichtsboot Bussard zur Gewässersicherung im Einsatz, 21 Todesopfer waren bei dem Absturz zu beklagen.

Im Sommer 2019 stürzte ein Junge mit seinem Fahrrad in Höhe der Florabrücke in Mülheim vom Leinenpfad ins Wasser. Durch schnelles Eingreifen der Bussard-Besatzung konnte der Junge gerettet werden. Anschließend wurde auch noch das Fahrrad geborgen. Vor Freude weinte der Junge und bedankte sich bei uns.



### 4. Was gefällt Ihnen an der Tätigkeit/Arbeit auf und mit dem Boot am besten?

Bereisungen mit guten Gesprächen und netten Gästen, sowie die langen Streckenfahrt auf Ruhr und Rhein.



### Zur Person

- **Name:** Frank Büning
- **Alter:** 59
- **Ausbildung:** Binnenschiffer
- **Bei der Bezirksregierung seit:** Oktober 2017
- **In welcher Funktion:** Schiffsführer
- **Was ist meine Aufgabe:** Schiffsführung von verschiedenen Fahrzeugen auf Ruhr und Rhein, Wachdienst in Essen-Werden, Schleusenwärter, Ruhrunterhaltungsarbeiten

# Gemeinsam die Heimat stärken

Förderung für den ländlichen Raum



Die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes mit seinen charakteristischen Dörfern und seiner vielfältigen Natur ist eine der wichtigsten Aufgaben in der Bezirksregierung Düsseldorf. Das Team aus Dezernat 33 „Ländliche Entwicklung und Bodenordnung“ steht engagierten Bürgerinnen und Bürgern dabei mit Rat und Tat zur Seite. Gerade in der Coronazeit Anfang des Jahres 2021 setzten Hauptdezernent Ralph Merten und sein Team ein Zeichen: Jetzt erst recht. Unter dem Motto vergaben die Expertinnen und Experten nicht nur die Fördermittel wie gewohnt zuverlässig, sondern suchten gemeinsam mit Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher online so häufig wie möglich den persönlichen Austausch mit den Förderempfängern. Schnell waren die klassische Bescheidübergabe vor Ort zur Videokonferenz umgeplant und der virtuelle Kaffee serviert.

Den engagierten Bürgern des Vereins „Dorf Campus Wanlo“ aus Mönchengladbach etwa konnte Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher direkt zwei gute Nachrichten überbringen: Das Land NRW fördert sowohl die Weiterentwicklung ihres Konzeptes für ein Multifunktionshaus in der Alten Schule sowie die Umgestaltung des ehemaligen Pausenhofes. Mehr als 81.000 Euro fließen aus dem Dorferneuerungsprogramm 2021 in den Ortsteil Wanlo. „Die engagierten Vereinsmitglieder überzeugen mit einem guten Konzept für einen lebendigen Dorfmittelpunkt, an dem sich unterschiedliche Generationen treffen. Gerade jetzt in Pandemiezeiten haben wir alle wieder erlebt, wie wichtig gesellschaftlicher Zusammenhalt ist“, sagte Birgitta Radermacher in der fröhlichen Online-Runde. Unterstützung bekommen die ehrenamtlich Tätigen zudem von der Stadt Mönchengladbach. Sie beteiligt sich über die städtische Entwicklungsgesellschaft (EWMG) mit 25.000 Euro an der Neugestaltung des Schulhofes.

Schermbeck-Lühlerheim hat es ebenfalls geschafft: Fördermittel aus dem Dorferneuerungsprogramm 2021 werden in den Erhalt der regionaltypischen historischen Gebäude fließen, in denen Menschen Hilfe und ein neues Zuhause finden. Die Evangelische Stiftung Lühlerheim wurde bereits 1886 als Arbeiterkolonie in der Gemeinde Schermbeck gegründet. Im Laufe der Jahrzehnte entstand ein Gutshofbetrieb mit dorfähnlicher Struktur, die das soziale Miteinander stärkt. Rund 295.000 Euro fließen hierhin.

Luftaufnahme Schermbeck-Lühlerheim



Die Gemeinde Hünxe plant gemeinsam mit dem SV Bucholtswelmen den Neubau eines multifunktionalen Gemeinschaftshauses auf dem Sportplatzgelände und dafür zieht die ganze Dorfgemeinschaft an einem Strang. Sie hat die Chance, für mehr als 500 Einwohner in nächster Umgebung einen Ort des Austausches für Menschen unterschiedlicher Generationen zu schaffen. Während der Videokonferenz nahmen die Engagierten eine begeisterte Regierungspräsidentin mit auf einen virtuellen Rundgang. Gern unterstützt das Land NRW dieses Engagement finanziell mit rund 230.000 Euro.

Dies sind nur drei Beispiele von vielen, dass die Corona-Krise nicht zum Stillstand geführt hat, sondern zu kreativen Lösungen.



# Neugierige gesucht

## Ausbildungsbüro bewährt sich als zentrale Anlaufstelle

Im Ausbildungsbüro bei Stefanie Müller und ihrem Team laufen die Fäden zusammen: Sie bündeln alles Wissen und alle Tipps rund um die Themen Recruiting und Nachwuchsförderung. Im Interview mit der Pressestelle erzählt Stefanie Müller, was Auszubildende bei der Bezirksregierung erwartet, und welche Trends sich abzeichnen.

***Ausbildung, Studium und Referendariat – zwischen diesen Möglichkeiten können Interessierte bei der Bezirksregierung Düsseldorf wählen. Zwölf Berufe können insgesamt erlernt werden. In welchem Bereich haben wir den meisten Nachwuchs?***

Von unseren 297 Auszubildenden sind rund 200 RIA, also Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärter im nichttechnischen Verwaltungsdienst. Aber die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ist in allen Bereichen im Aufwärtstrend. Allein 2021 haben wir 118 neue Kolleginnen und Kollegen begrüßen können, die bei uns einen Beruf erlernen. Zum Vergleich können wir bei den RIA bleiben: 2019 konnten wir 37 Neue begrüßen, 2021 waren es 69.

### ***Corona hat das Recruiting nicht erschwert?***

Nein, überhaupt nicht. Wir konnten zwar keine Messen besuchen oder über andere Präsenzveranstaltungen direkten Kontakt zu möglichen Kandidatinnen und Kandidaten aufbauen, aber wir hatten zum Glück schon vor der Pandemie unser Onlineangebot verstärkt. Beliebt ist natürlich auch das persönliche Gespräch am Telefon, weil Interessenten ganz detaillierte Fragen zu ihrem persönlichen Fall stellen können.





### **Was ist den Interessenten wichtig?**

Wir als Bezirksregierung punkten mit der Sicherheit des Beschäftigungsverhältnisses. Zudem können wir eine Übernahme in Aussicht stellen. Die RIA (Regierungsinspektorat) ziehen von zuhause aus. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist spürbar wichtiger geworden. Wer zu uns kommt, plant langfristig, auch wenn die Familienplanung erst später auf der persönlichen Agenda steht. Corona hat den Wert der Familie unter Umständen wieder gesteigert.

### **Wie muss sich die Bezirksregierung Düsseldorf als Arbeitgeber verändern, um am Puls der Zeit zu bleiben?**

Das Homeoffice ist keine vorübergehende Lösung in der Not mehr, sondern neben der Präsenzzeit im Büro ein wichtiger Baustein für das Zeitmanagement. Auch das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) ist in Gesprächen mit jungen Interessenten immer häufiger Thema. Das finde ich sehr positiv. Denn die Prävention ist für ein gesundes Arbeits- und Privatleben sehr wichtig. Es ist gut, wenn Interessenten dieses Bewusstsein bereits selbst entwickelt haben. Für mich immer ein Pluspunkt.

Stefanie Müller

---

### **Und an welcher Stelle würden Sie gern noch etwas im Ausbildungsbereich verändern?**

Mädels, traut Euch technische Berufe zu! Unsere weiblichen Interessenten tendieren so schnell zum nichttechnischen Dienst bzw. haben durch ein nichttechnisches Studium schon früher die andere Richtung gewählt. Das ist doch schade. Alle die noch vor der Richtungsentscheidung stehen, können sich gern auf unserer Homepage [www.brd.nrw.de](http://www.brd.nrw.de) unter Karriere die zwölf Berufe anschauen. Vielleicht ist hier die ein oder andere Überraschung dabei.



Karriere-Seite der  
Bezirksregierung  
Düsseldorf

# Katastrophen machen nicht an Grenzen halt

Deutsche und niederländische Wasser- und Sicherheitsorganisationen testen die Kommunikationsstrukturen für den Ernstfall

Anfang September führten insgesamt 14 Wasser- und Sicherheitsorganisationen aus den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen eine groß angelegte Hochwasserübung durch. Geübt wurde vordringlich die grenzüberschreitende Koordination beim Umgang mit drohenden Deichbrüchen infolge eines Hochwassers am Rhein. Im Fokus standen dabei die Kommunikationsstrukturen. Die Rahmenübung fand an mehreren Standorten innerhalb der jeweiligen Dienstgebäude in Deutschland und den Niederlanden statt. Für die Kollegen und Kolleginnen aus den Dezernaten 22 (Gefahrenabwehr) und 54 (Wasserwirtschaft) liefen in der Bezirksregierung Düsseldorf an der Cecilienallee in Düsseldorf die Fäden zusammen.

Hauptziel war es zu testen, wie die Beteiligten in allen zuständigen Organisationen effektiv Informationen austauschen und sich über Maßnahmen diesseits und jenseits der Landesgrenze verständigen. Als wichtiges Instrument erwies sich dabei das niederländische, landesweite Krisenmanagement-System (LCMS). Im Rahmen der Übung wurden den deutschen Wasser- und Sicherheitsbehörden Leserechte in diesem Informationssystem eingeräumt. Dieses Zugriffsrecht gilt seitdem jenseits einer Übung auch für einen realen Ernstfall. Damit besteht auf deutscher Seite die Möglichkeit, sich zeitnah und unmittelbar über die Lage in den niederländischen Grenzgebieten zu informieren. »

## **Hintergrund:**

Niederländische und nordrhein-westfälische Wasser- und Katastrophenschutzbehörden üben regelmäßig den Umgang mit Hochwasserkrisen. So sind sie in der Lage, im Ernstfall richtig und effektiv zu handeln. Eine große Hochwasserübung wie im September ist seltener. Eine vergleichbare Übung fand zuletzt 2010 statt.

Die niederländisch-deutsche Übung in diesem großen Maßstab ist eine Initiative der gelderländischen Sicherheitskommission für die großen Flüsse. Dieses Gremium unterstützt und fördert die Zusammenarbeit bei extremen Wasserständen an den großen Flüssen. Die Gelderland-Kommission besteht aus Verwaltungsvertretern der Gelderländer Sicherheitsregionen, der Nationalpolizei, dem Rijkswaterstaat und der Gelderländer Wasserbehörden.

Arbeitsplätze für den Krisenstab:  
Hier laufen im Katastrophenfall die Informationen zusammen.



### ***Zur Person***

- **Name:** René Picard
- **Alter:** 31
- **Ausbildung:** Jurist
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 15. Juli 2018
- **In welcher Funktion:** Dezernent
- **Was ist meine Aufgabe:** Ich bin zuständiger Dezernent für die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Katastrophenschutz zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten im Bezirk und der Bezirksregierung Düsseldorf mit den angrenzenden niederländischen Sicherheitsregionen. Hierbei werde ich von Brandamtmann (BrA) Andreas Kühnel tatkräftig unterstützt.

### *An der Übung nahmen folgende Organisationen teil:*

- Bezirksregierung Düsseldorf
- Deichverband Xanten-Kleve
- Deichverband Kleve-Landesgrenze
- Deichverband Bislich-Landesgrenze
- Kreis Kleve
- Kreis Wesel (Beobachter)
- Rijkswaterstaat
- Sicherheitsregion Nord- und Ost-Gelderland
- Sicherheits- und Gesundheitsregion Gelderland Mitte
- Sicherheitsregion Gelderland Süd
- Wasserwirtschaftszentrum Niederlande
- Waterschap Vallei en Veluwe
- Waterschap Rivierenland
- Waterschap Rijn en IJssel

Als wertvoll erwies sich auch der Austausch erfahrener Verbindungsleute: Diese waren in den jeweiligen Behörden präsent und ansprechbar, so dass relevante Informationen direkt den Weg über die Landesgrenze zu den richtigen Stellen fanden.

Ad hoc wurden im Rahmen der Übung zudem Vertreter der teilnehmenden niederländischen Veiligheidsregios (Sicherheitsregionen), des Kreises Kleve sowie der Bezirksregierung Düsseldorf in einer Videokonferenz zugeschaltet. Ein effizientes Tool, um zentrale Botschaften über die Lage vor Ort miteinander abzustimmen. Hervorzuheben war dabei die Bereitschaft und die Fähigkeit der Niederländer, den grenzüberschreitenden Austausch auf Deutsch zu führen.

Ein weiteres Resultat des Testlaufs: Die angrenzenden deutschen Deichverbände und niederländischen Waterschappen haben vereinbart, sich im Ernstfall gegenseitig unmittelbar über den Zustand der Deiche und das ablaufende Hochwasser zu informieren. Auch die Unterstützung des jeweils anderen bei Maßnahmen der Deichverteidigung ist auf Anforderung möglich.

Das Fazit der Beteiligten: Die Übung hat gezeigt, wie wichtig und notwendig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist – hier exemplarisch am Fall eines Hochwassers am Rhein demonstriert – und besonders, welche zentrale Rolle den Kontaktpersonen (Liaisons) der jeweiligen Netzwerkpartner bei der Bewältigung der Lage zukommt.



# Die Bezirksregierung ist in Bewegung

Zehn Funktionen in der Führungsebene der Behörde wurden neu besetzt

Die Bezirksregierung Düsseldorf ist immer in Bewegung. Sie gewinnt neue Aufgaben, gibt andere ab, Mitarbeitende scheidern aus, kommen neu ins Haus oder wechseln intern den Arbeitsbereich. Das ist alltäglich. Wechsel in den Ruhestand und der Wunsch nach neuen Herausforderungen haben 2021 allerdings für außergewöhnlich viel Dynamik gesorgt: Zehn Funktionen in der Führungsebene wurden neu besetzt. Inspiration und Impuls für die Behörde.



## Paul Haße

Für den neuen Leiter der Abteilung 3, Paul Haße, konnte der erste offizielle Tag in der neuen Position nicht besser beginnen. Denn dieser startete direkt mit einem Kompliment der Regierungspräsidentin: „Gerade in der Pandemie-Krisenzeit hat Paul Haße als Hauptdezernent 34 in unserem Haus bewiesen, dass er unter großem zeitlichen Druck Prozesse organisieren und Menschen motivieren kann“, sagte Birgitta Radermacher. Denn die Bezirksregierung hat während der Coronazeit und darüber hinaus verantwortungsvolle Aufgaben zu erfüllen, um den dynamischen Prozess mit den anderen Behörden für die Menschen in der Region zu gestalten. Im Verantwortungsbereich von Abteilung 3, die Paul Haße vom ausgeschiedenen Holger Olbrich übernahm, liegen zum Beispiel: die Kommunalaufsicht (Dez. 31), die Städtebauförderung (Dez. 35) und zahlreiche Corona-hilfen für die Wirtschaft, die Dezernat 34 bearbeitet. Genau in diesem Dezernat hat der Diplom-Kaufmann Paul Haße seine Kompetenz zuletzt unter Beweis gestellt.

## Angelika Eller-Hofmann

Angelika Eller-Hofmann ist neue Hauptdezernentin des Dezernats 44 und folgt damit auf Thomas Keller, der in den Ruhestand gegangen ist. Die Essenerin ist seit 2017 in diesem Dezernat Gesamtschulen, Sekundarschulen und Primusschule tätig und freut sich auf die neuen Aufgaben und die gute Zusammenarbeit in dem eingespielten Team. Bevor Angelika Eller-Hofmann zur Bezirksregierung kam, war sie Schulleiterin an der Gesamtschule Nettetal. »



## Marco Hübl

Marco Hübl kehrt als neuer Hauptdezernent für Personal- und Stellenplanangelegenheiten von Lehrkräften in der Abteilung 4 sozusagen zu seinen Anfängen zurück: Denn genau im Dezernat 47 hat er im Jahr 2010 seine erste Stelle im Landesdienst NRW angetreten. Der Jurist und Experte für Personalwesen übernimmt die Dezernatsleitung von Heinrich Frie, der in den Ruhestand verabschiedet wurde. Nach beruflichen Stationen im Ministerium für Schule und Bildung sowie in der Zentralabteilung des Landeskriminalamtes freut er sich, wieder in der Bezirksregierung tätig zu sein.



## Berthold Wehmhörner

Den Rosenmontag als ersten Arbeitstag in einer rheinischen Landesbehörde im Kalender festzuhalten, ist möglicherweise ein Alleinstellungsmerkmal. Berthold Wehmhörner hat das geschafft: Der gelernte Jurist trat am 15. Februar 2021 als Hauptdezernent des IT- und Organisations-Dezernats 14 an. Nach Stationen an FH Düsseldorf, RWTH Aachen und Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf war Berthold Wehmhörner zuletzt beim Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen für IT und Organisation verantwortlich. Die Digitalisierungsbestrebungen der Landesregierung, die Auswirkungen auf die Arbeit der Bezirksregierung, die Nutzung und der Nutzen digitalisierter Arbeitsprozesse – da sieht der Hauptdezernent aktuell und künftig Herausforderungen.



## Ursula Grunert-Harden

Im März wurde Regierungsdirektorin Ursula Grunert-Harden als Nachfolgerin des in den Ruhestand verabschiedeten Karl Zimmermann Hauptdezernentin im Dezernat 24. Die Juristin hat langjährige Erfahrung: Seit 1995 kennt sie die Bezirksregierung Düsseldorf, vor 16 Jahren wechselte sie ins Dezernat 24, Bereich Pharmazie, „und immer noch und immer wieder gibt es Themen, mit denen man nie zuvor befasst war.“ Ihr Aufgabengebiet als Hauptdezernentin ist eine Herausforderung, nicht nur in Pandemiezeiten: Öffentliche Gesundheit, medizinische und pharmazeutische Angelegenheiten, Sozialwesen und Krankenhausförderung sowie das Landesprüfungsamt für Medizin, Psychotherapie und Pharmazie fallen in ihre Zuständigkeit.

### **Eva Schultenkämper**

Eva Schultenkämper ist seit 1. Mai 2021 Leitende Regierungsdirektorin und Hauptdezernentin Luftverkehr im Dezernat 26. Es ist eine Rückkehr, nachdem sie bereits von 2007 bis 2013 in den Dezernaten 54 (Wasserwirtschaft) und 21 (Sicherheit und Ordnung) der Bezirksregierung Düsseldorf tätig war und von dort ins Innenministerium wechselte. Schultenkämper, Nachfolgerin von Heinrich Goetzens, der in den Ruhestand verabschiedet wurde, und ihre knapp 100 Kolleginnen und Kollegen sind für die Genehmigung von Flugplätzen, Drohnen-Einsatz oder auch die Überprüfung des Flugsicherheitspersonals zuständig.



### **Ursula Mayo**

Dr. Ursula Mayo ist neue Hauptdezernentin 23 und leitet ein Dezernat, das jedem vertraut ist, der ein Recht auf Erstattung von Kosten für Heilbehandlungen hat; die beamteten Bediensteten der Bezirksregierung Düsseldorf ebenso wie Lehrkräfte und Polizeibeamtinnen und -beamte. Im Regierungsbezirk Düsseldorf sind das zirka 59.000 Menschen. Ursula Mayo hat in Würzburg und Heidelberg Jura studiert, in Münster promoviert und kennt die Arbeit der Bezirksregierung auf unterschiedlichen Feldern: Von Dezernat 54 (Abwasser) wechselte sie zur Finanzaufsicht (Dez. 31), von dort zurück in Abteilung 5 (Umwelt) und weiter in Abteilung 2. Seit 2015 war sie für unterschiedliche Bereiche im Dezernat 24 verantwortlich. Das bleibt sie auch nach ihrem Wechsel an die Spitze des Dezernats 23. Ursula Mayo bleibt zuständig im Landesprüfungsamt (LPA) Psychotherapie und als Leiterin der Stabsstelle Corona.

### **Felix Pleschinger**

Die zahlreichen Aufgaben der Bezirksregierung Düsseldorf sind „dem Neuen“ vertraut: Felix Pleschinger war bereits zwischen 2011 und 2016 im Rahmen seiner Qualifizierung (Dezernate 53 und 47) und später als Dezernent in 24 im Haus. Jetzt ist er Hauptdezernent und freut sich auf ein tolles Team und die spannende Arbeit im Dezernat 25, das mit den Bereichen Verkehr und Mobilität oder auch Energieleitungen zukunftsweisende Themen bearbeitet. Der Volljurist war 2016 in das heutige Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) – Bereich Personal – gewechselt. »



## Andrea Rudovsky

Die Juristin Andrea Rudovsky ist innerhalb des Dezernates 34 zur Hauptdezernentin aufgestiegen. Mit Begeisterung hat sie bisher die Aufgabe als Leiterin der Zwischengeschalteten Stelle für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ausgeführt, nun wird die Bandbreite ihrer Themen noch größer und vielfältiger. Denn in Dezernat 34 stehen ganz unterschiedliche Aufgaben auf der Agenda wie zum Beispiel: die regionale Wirtschaftsförderung, INTERREG, Coronahilfen und eben die EU-Förderung. Innerhalb der Bezirksregierung war Andrea Rudovsky bereits in Dezernat 15 (Justizariat und Vereinsaufsicht) und in Dezernat 21 (Fiskalerbschaften, Ausländerangelegenheiten und Ordnungsrecht) tätig. Außerdem arbeitete die neue Hauptdezernentin unter anderem zwei Jahre als Referentin im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (Neustrukturierung des Tierseuchenkrisenmanagements) und drei Jahre als Referentin in der Staatskanzlei (Ressortkoordination Inneres und Justiz).



## Carsten Kießling

Von A wie „Aufsicht Katasterbehörden“ über K wie Kommunalaufsicht bis bis W wie „Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen und Kreisen“ reicht die Zuständigkeit von Carsten Kießling. Der Jurist ist seit Februar 2021 der Hauptdezernent 31. An der Aufgabe reizt ihn besonders die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen. Denn während seiner unterschiedlichen Tätigkeiten im Landesdienst hat Kießling bereits eng mit den Akteuren in den Verwaltungen von Gemeinden, Städten und Kreisen gearbeitet. Er weiß, wie sie ticken. So war er vor seiner Zeit in der Geschäftsstelle des Regionalrates unter anderem im Bereich Luftreinhaltung tätig. Im oberen Durchlauf konnte er damals auch die Kommunalaufsicht des Innenministeriums kennenlernen. Als Jurist hat er zudem eine Affinität zum Kommunalverfassungsrecht. Die Bezirksregierung selbst ist für Kießling ein Heimspiel: In der Bezirksregierung ist er insgesamt – mit kleiner Unterbrechung: während seiner Rotation zum Regionalverband Ruhr – seit Ende 2008 tätig.



# Prüfen, genehmigen, überwachen: Gute Noten für die Luftsicherheitsbehörde

Sicherheitsaudit am Flughafen Niederrhein in Weeze



Ohne das Dezernat 26 (Luftverkehr) hebt am Flughafen Niederrhein in Weeze kein Flugzeug ab. Sechs Kolleginnen und Kollegen der Bezirksregierung Düsseldorf sind für die Fluggastkontrollen verantwortlich, treffen Entscheidungen, um Gefahren für die Sicherheit des zivilen Luftverkehrs abzuwehren und überwachen die Sicherheitsmaßnahmen des Flugplatzbetreibers. Als Luftsicherheitsbehörde vor Ort prüfen, genehmigen und überwachen sie den Betrieb.

Präsenz zeigen: Die auffällige Folierung oder auch der Dachbalken mit Blaulicht weist das Fahrzeug als Einsatzwagen der Luftsicherheit aus.

Die Nationale Qualitätskontrollstelle für Luftsicherheit (NQS) hat ihnen und ihrer Arbeit nach Abschluss eines mehrtägigen Sicherheitsaudits sehr gute Noten gegeben und nur wenige Verbesserungsvorschläge gemacht. „Wir freuen uns natürlich, dass wir als Team so gut abgeschnitten haben und arbeiten die Vorschläge konsequent ab“, sagt Teamleiter Markus Roser. »

Die Nationale Qualitätskontrollstelle für Luftsicherheit (NQS) ist eine gemeinsame Stelle des Bundesministeriums für Verkehr und Infrastruktur sowie des Bundesinnenministeriums, die organisatorisch beim Bundespolizeipräsidium in Potsdam angebunden ist. In ihrem Sicherheitsaudit hat sie geprüft, ob am Flughafen Niederrhein alle Sicherheitsmaßnahmen und -verfahren kontinuierlich und vollständig durchgeführt werden. Die Sicherheitskontrollen und Betriebsabläufe wurden kontrolliert, Mitarbeitende der Bezirksregierung Düsseldorf, Technisch Beauftragte sowie Sicherheits- und Kontrollpersonal befragt, Luftsicherheitspläne, Sicherheitsprogramme, Dienst-/Arbeitsanweisungen, Schulungsunterlagen und Zertifikate gesichtet.

Eine Woche nahmen die Experten der NQS alle Bereiche genau unter die Lupe, bevor festgehalten wurde, dass bei der Überprüfung der in der Verantwortung der Bezirksregierung Düsseldorf stehenden Fluggastkontrolle und des Bestreifungsdienstes am Flughafen Niederrhein in Weeze die Vorschriften eingehalten wurden. In einzelnen Punkten hat die NQS Verbesserungen vorgeschlagen, z.B. bei der Beschreibung von Prozessabläufen. Nachdem alles abgearbeitet wurde, hat die NQS das Sicherheitsaudit für abgeschlossen erklärt.

### *Das Team der Bezirksregierung*

Die Luftsicherheitsstelle am Flughafen Niederrhein ist vor Ort mit sechs Kolleginnen und Kollegen besetzt. Sie alle nehmen Aufgaben in der Fluggastkontrollstelle und der Gefahrenabwehr wahr, haben sich aber darüber hinaus spezialisiert. Teamleiter ist Markus Roser, den Baris Akbay vertritt. Sven Ambroz ist Sachbearbeiter für Qualitätsmanagement, Fachaufsicht und Beschaffungen, bis September 2021 war Angelika Kallas als Sachbearbeiterin für Zuverlässigkeitsüberprüfungen, Luftsicherheitsgebühren und Rechnungsbearbeitung zuständig, Maureen Kellner für den Bestreifungsdienst und Ordnungswidrigkeiten. Klemens Piepers ist selbst nationaler Sicherheitsauditor und Sachbearbeiter für den Fluggastkontrolldienst und die eingesetzte Kontrolltechnik. Als Team sorgen sie dafür, dass die Luftsicherheitsstelle an 364 Tagen besetzt und erreichbar ist. Frei haben sie nur am 1. Weihnachtstag, der in Weeze traditionell ohne Flugverkehr ist, einsatzbereit sind sie jederzeit.

Auch wenn eine Fachfirma mit der Kontrolle des Sicherheitsbereiches beauftragt ist, führt die Luftsicherheitsstelle als Fachaufsicht eigene Streifenfahrten durch. Die Fahrzeuge sind mit ihrer auffälligen Folie und Blaulicht eindeutig erkennbar. Das ermöglicht es der Besatzung im Notfall, schnell an die Einsatzstelle zu gelangen.

Dass die Fluggast- und Gepäckkontrolle funktioniert, wird regelmäßig geprüft.



### *Zur Person*

- **Name:** Klemens Piepers
- **Alter:** Mit gerade mal 57 Jahren Teamältester
- **Ausbildung:** Gelernter Fernmeldehandwerker und Laufbahnprüfung für den nichttechnischen Fernmeldedienst bei der Deutschen Bundespost Fernmeldedienst; nach 30 Jahren Wechsel zur Bezirksregierung Düsseldorf
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 2010
- **In welcher Funktion:** Sachbearbeiter in der Luftsicherheit
- **Was ist meine Aufgabe:** Wie alle im Team treffe ich Entscheidungen über notwendige Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die Luftsicherheit. Darüber hinaus gehören zu meiner Tätigkeit die Organisation des Fluggastkontrolldienstes (tägliche Besetzung der Kontrollstellen in Abhängigkeit zum Flugplan, Kontrolle der Abrechnungen, etc.), Fortbildungskonzeption und Fortbildungsüberwachung beim eingesetzten Dienstleister und Flughafenbetreiber, Erstellung, Mitgestaltung und Genehmigung von Dienst- und Verfahrensanweisungen, Beschaffung sowie Überprüfung und Koordination der Wartung und Instandhaltung der eingesetzten Kontrolltechnik. Ich bin zugelassener Ausbilder in der Luftsicherheit und Nationaler Sicherheitsauditor.

# Corona hat die Unternehmen für den Arbeitsschutz sensibilisiert

Zwei Gewerbeaufsichtsbeamte berichten über ihre Tätigkeit

Marco Uhlenbrock und Stefan Weifels kommen aus ganz anderen Berufen. Der studierte Maschinenbauer und der Schreiner kamen zur Bezirksregierung, um fortan im Dezernat Arbeitsschutz Missständen am Arbeitsplatz abzuhelpfen. Im Gespräch berichten sie über ihre tägliche Arbeit und darüber, wie sich diese durch die Pandemie verändert hat.

## **Wie sieht eine normale Arbeitswoche für einen Gewerbeaufsichtsbeamten aus?**

**Weifels:** Wir sind normalerweise zwei bis drei Tage im Außendienst, den Rest im Büro. Wenn es das Thema erfordert, sind wir auch außerhalb der normalen Dienstzeiten unterwegs, zum Beispiel, wenn es um Nacharbeit geht. Oder am Wochenende – da habe ich beispielsweise schon mal Shisha-Bars kontrolliert.

## **Wann werden Sie aktiv?**

**Weifels:** Meist sind wir reaktiv unterwegs, also aufgrund von Unfällen, Beschwerden oder Schwerpunktaktionen.

**Uhlenbrock:** Wenn wir einer Beschwerde nachgehen, gibt uns das die Möglichkeit, Kontrollen und Stichproben auch bei anderen Unternehmen in der Nähe durchzuführen.

## **Wie läuft ein solcher Termin ab?**

**Uhlenbrock:** Wir kommen immer unangemeldet, wissen meist nicht, was uns hinter der Tür erwartet. Da lassen wir uns überraschen. Wir prüfen Dokumente, Ordnung und Sauberkeit, die Ergonomie usw. Wir haben zwar unsere Schwerpunktthemen – bei uns beiden zum Beispiel Arbeitsstätten sowie Jugend- und Mutterschutz - aber wir gehen nicht mit einer Checkliste rum und ignorieren andere Hinweise. Meist beziehen sich ja auch die Beschwerden auf unterschiedliche Punkte. Wenn uns also beispielsweise die Arbeitszeiten auffällig vorkommen, nehmen wir das mit in den Blick.

## **Was können Sie bei Verstößen gegen den Arbeitsschutz tun?**

**Weifels:** Schwerwiegende Mängel müssen sofort beseitigt werden. Manchmal reicht der Hinweis, um Missstände abzustellen. Aber im Zweifelsfall geht das bis zur Stilllegung des kompletten Betriebs oder einzelner Anlagen. In der Küche eines Schnellrestaurants wäre es fast mal so weit gewesen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten bei über 40 Grad dort arbeiten. Doch der Chef hatte nach unserem Einschreiten ein Einsehen.

**Uhlenbrock:** Wenn jemand uneinsichtig ist, können wir aber auch Bußgelder verhängen. Und die sind nicht mit Knöllchen fürs Auto zu vergleichen. Wenn jemand zum Beispiel Fluchtwege verstellt, kann das 5000 Euro kosten. Denn im Brandfall kann, so ein Raum für die Mitarbeiter zur tödlichen Falle werden.





### **Was sind denn die häufigsten Verstöße?**

**Uhlenbrock:** Häufig haben wir es mit organisatorischen Mängeln zu tun. Da kann man fast immer etwas verbessern. Mal fehlt eine Dokumentation, oder eine Prüfung wurde vergessen.

**Weifels:** Es gibt aber auch krasse Beispiele. Einmal waren wir in einem Getränkemarkt, wo die Angestellten bei Eis und Schnee auf dem Hof Leergut sortieren mussten. In einem anderen Fall sollten die Mitarbeiter aus einer Ha-varie aufgekaufte Spülmaschinen-Tabs auspacken. Die saßen auf dem Stapel Kartons und alles war voller Seifenstaub.

### **Woher kommen die Beschwerden?**

**Weifels:** Von Mitarbeitern oder ehemaligen Beschäftigten, von andern Behörden, von Angehörigen zum Teil auch anonym. Es gibt auf der Internetseite des Arbeits- und Gesundheitsministerium (MAGS) ein Beschwerdeformular.

**Uhlenbrock:** Wir gehen jedem Hinweis nach und behandeln diesen vertraulich - genau wie die Ergebnisse der Prüfungen vertraulich bleiben - wegen des Betriebsgeheimnisses. Es könnte ja auch ein Konkurrent hinter einer anonymen Beschwerde stecken.

Wenn Fluchtwege (Symbolbild) verstellt sind, droht ein Bußgeld.

### **Wie reagieren die Arbeitgeber?**

**Uhlenbrock:** Meistens reagieren sie nicht mit Freude, aber in der Regel gibt es keine Probleme. Wir klopfen freundlich und sagen bestimmt, was wir wollen.

**Weifels:** Es gibt aber offensichtlich eine zunehmende Aggressivität. Kollegen aus dem Bereich Baustellenüberwachung haben davon berichtet, dass einmal Stöcke und Steine geflogen sind.

### **Wie hat Corona Ihre Arbeit verändert?**

**Uhlenbrock:** In den ersten beiden Monaten gab es viel weniger Kontrollen, weil nicht genügend Schutzmasken und Desinfektionsmittel für uns vorhanden waren.

**Weifels:** Ab Juni 2020 ging es dann wieder los. Wir sollten so viele Kontrollen wie möglich durchführen und zwar schwerpunktmäßig in den Branchen Callcenter, Einzelhandel, Fleischindustrie und Logistik. Bei diesen Kontrollen haben die Arbeitgeber meist sehr positiv reagiert. Es gab viele Fragen und wir konnten zum Teil Tipps geben, wie man Hygienekonzepte umsetzt. Ich habe das Gefühl, dass wir vielen Arbeitgebern über Corona das Thema Arbeitsschutz näherbringen konnten. Die Vorgehensweise, auf eine „neue“ Gefahr mit der Einleitung von Schutzmaßnahmen zu reagieren, lässt sich ja auch auf andere Gefahren-Situationen übertragen. »

Durchsichtige Schutzwände (Symbolbild)  
helfen in der Corona-Pandemie dabei, beide Seiten zu schützen.



### **Können Sie Beispiele nennen?**

**Weifels:** In der Diskussion um den Schutz der Kassenbereiche in einem Discounter konnten die Kollegen aus dem Technischen Arbeitsschutz erreichen, dass die gesamte Kette landesweit für einen Rundumschutz der Kassierer gesorgt hat. Und bei einem Corona-Testzentrum wurde sehr schnell ein zweiter Container besorgt, um die hygienischen Verhältnisse sicherzustellen. Vorher hatten drei Mitarbeiter in einem Baucontainer schwer infizierte Personen getestet, ohne die Möglichkeit zu haben, zum Beispiel ihre privaten Kleidungsstücke oder Pausenbrote separat zu lagern.

### **Wie hat sich die Pandemie auf die Beschwerden ausgewirkt?**

**Weifels:** Man konnte nachvollziehen, dass die Zahl der Beschwerden je nach Medieninteresse an einem Thema stieg. Zum Beispiel beim Thema Home-Office-Pflicht. Auch von den Gesundheitsämtern kamen Hinweise.

**Uhlenbrock:** Da hatten wir zum Teil mit ganz neuen Berufsgruppen und Akteuren zu tun wie Rechtsanwälten, Architekten oder eben auch Corona-Testcentern.



### **Zur Person**

- **Name:** Marco Uhlenbrock
- **Alter:** 48
- **Ausbildung:** Gewerbeaufsichtsbeamter im gehobenen technischen Dienst
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 2007  
(vorher: Staatl. Amt für Arbeitsschutz, Wuppertal, seit Oktober 2002)
- **In welcher Funktion:** Gewerbeaufsichtsbeamter, Ausbilder
- **Was ist meine Aufgabe:** Sachbearbeiter im Dezernat 56  
(Überwachung, Beratung, Information)

Die Homeoffice-Pflicht (Symbolbild) führte zu vielen Hinweisen und Fragen an den Arbeitsschutz.

### **Was mögen Sie an Ihrem Beruf?**

**Uhlenbrock:** Mein Job ist wie die Sendung mit der Maus für Erwachsene. Dauernd komme ich in Betriebe, die alltägliche Sachen herstellen, von denen ich vorher keine Ahnung hatte, wie die gemacht werden. Das ist sehr abwechslungsreich. Zudem habe ich viel Freiraum in den Außendienst-Terminen. Zwar hat man seine Punkte, die man abarbeitet, aber das läuft nie gleich ab.

**Weifels:** Seit der Umschulung vor etwa zehn Jahren habe ich den Schritt zur Arbeitsschutzverwaltung noch keinen Tag bereut. Man sieht viele Branchen und Arbeitsbereiche und man kann dazu beitragen, dass die Arbeitsverhältnisse für die Menschen besser werden. Wenn es bei berechtigten Beschwerden klappt, das Leid der Mitarbeiter zu beseitigen, ist das eine tolle Bestätigung für die eigene Arbeit.



### **Zur Person**

- **Name:** Stefan Weifels
- **Alter:** 43
- **Ausbildung:** Gewerbeaufsichtsbeamter im mittleren technischen Dienst
- **Bei der Bezirksregierung seit:** 2012
- **In welcher Funktion:** Sachbearbeiter Dezernat 56
- **Was ist meine Aufgabe:** Überwachung, Information und Beratung zu zahlreichen Arbeitsschutzvorschriften, insbesondere Arbeits- und Arbeitsstättengestaltung, physikalische Belastung sowie Schutz besonderer Personengruppen

# Grenzüberschreitendes Steuersparmodell mit Tücken

Medikamenten-Großhandel ohne Erlaubnis:

Bundesverwaltungsgericht bestätigt Bezirksregierung Düsseldorf

Ein jahrelanger Rechtsstreit konnte in diesem Jahr aus Sicht der Pharmazeuten in Dezernat 24 (Öffentliche Gesundheit, medizinische und pharmazeutische Angelegenheiten) erfolgreich beendet werden. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig schloss sich in letzter Instanz der Auffassung der Bezirksregierung an, die das Geschäftsmodell einer Arzneimittelvertriebsfirma gerügt und bei einer Inspektion als „schweren Mangel“ kategorisiert hatte. Die Firma klagte.

Darum geht es: Die Klägerin ist die deutsche Vertriebs-tochter eines Schweizer Pharmaunternehmens. Von ihrer Konzernmutter erwirbt die Klägerin Arzneimittel, die bei einem Schwesterunternehmen in Frankreich hergestellt werden. Die in Frankreich hergestellten Arzneimittel werden vom Herstellbetrieb an die Schweizer Konzernmutter verkauft. Diese wiederum verkauft sie an die Klägerin. Die physische Lieferung der Arzneimittel erfolgt direkt vom französischen Herstellbetrieb an die deutsche Vertriebstochter.

Die Tücke des Modells: Dieser Handel mit Arzneimitteln stellt eine Großhandelstätigkeit dar, für die eine Erlaubnis benötigt wird. Die Erlaubnis zum Großhandel mit Arzneimitteln in der Europäischen Union (EU) kann nur ein Unternehmen mit Sitz in der EU erlangen. Die Klägerin verfügt zwar über die erforderliche Großhandelserlaubnis, darf ihre Arzneimittel jedoch nur von zur Abgabe berechtigten Betrieben beziehen. Das ist der Schweizer Mutterkonzern nicht. Die deutsche Vertriebstochter verstößt somit gegen arzneimittelrechtliche Vorgaben im Rahmen ihrer Großhandelstätigkeit.

Diesen Mangel haben Mitarbeitende des Dezernats 24 während einer Inspektion im Juni 2016 festgestellt. Das Unternehmen wurde aufgefordert, den Mangel abzustellen – und klagte gegen diesen Punkt im Anordnungsbescheid. Das Verwaltungsgericht (VG) Düsseldorf und das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster sind der Auffassung der Bezirksregierung gefolgt und haben die Klage beziehungsweise die Berufung zurückgewiesen. In diesem Jahr nun hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in letzter Instanz entschieden, dass die Revision zurückgewiesen wird. Ein solches Modell, bei dem Unternehmen in der EU ihre Arzneimittel virtuell über Unternehmen in Drittländern beziehen, um Steuern zu sparen, sei nicht mit dem Arzneimittelrecht vereinbar.

„Wir sind sehr froh, dass wir das Verfahren auch in letzter Instanz gewonnen haben. Wir haben bei diesem Modell, das ja grundsätzlich auf alle anderen Drittländer übertragbar wäre, große Sicherheitslücken gesehen“, betont die zuständige Dezernentin Ute Neuberger.





# Impressum

## **Herausgeberin:**

Bezirksregierung Düsseldorf  
Pressesprecherin  
Dagmar Groß  
Cecilienallee 2  
40474 Düsseldorf  
Telefon: 0211 475-0

## **Grafiken & Fotos:**

Bezirksregierung Düsseldorf: Titelseite, Seite 1, Seite 4-16, Seite 19 (Zur Person), Seite 21, Seite 26 (Logo Euregioprofilschule), Seite 27-29, Seite 31-32, Seite 35-38, Seite 41-42, Seite 46-48, Seite 51-54, Seite 56-61, Seite 63, Seite 66-77, Seite 80-81 (Zur Person), Rückseite

stock.adobe.com: Seite 17-19 (suriyapong, goodmoments, derschnelle), Seite 22 (videomundum), Seite 28 (Aldona), Seite 34 (creativenature.nl), Seite 39 (Piman Khрутmuang), Seite 43-44 (Ardea-studio), Seite 55 (bluedesign), Seite 64 (Ardea-studio), Seite 79 (industrieblick), Seite 80 (Andrey Popov), Seite 81 (olezzo), Seite 83 (merukeru, 3DJustincase)

Georg-Büchner-Gymnasium, Kaarst: Seite 24

Robert Bosch Stiftung/Max Lautenschläger: Seite 24 , Seite 25

Cüppers-Berufskolleg: Seite 25

Berufskolleg Uerdingen: Seite 26

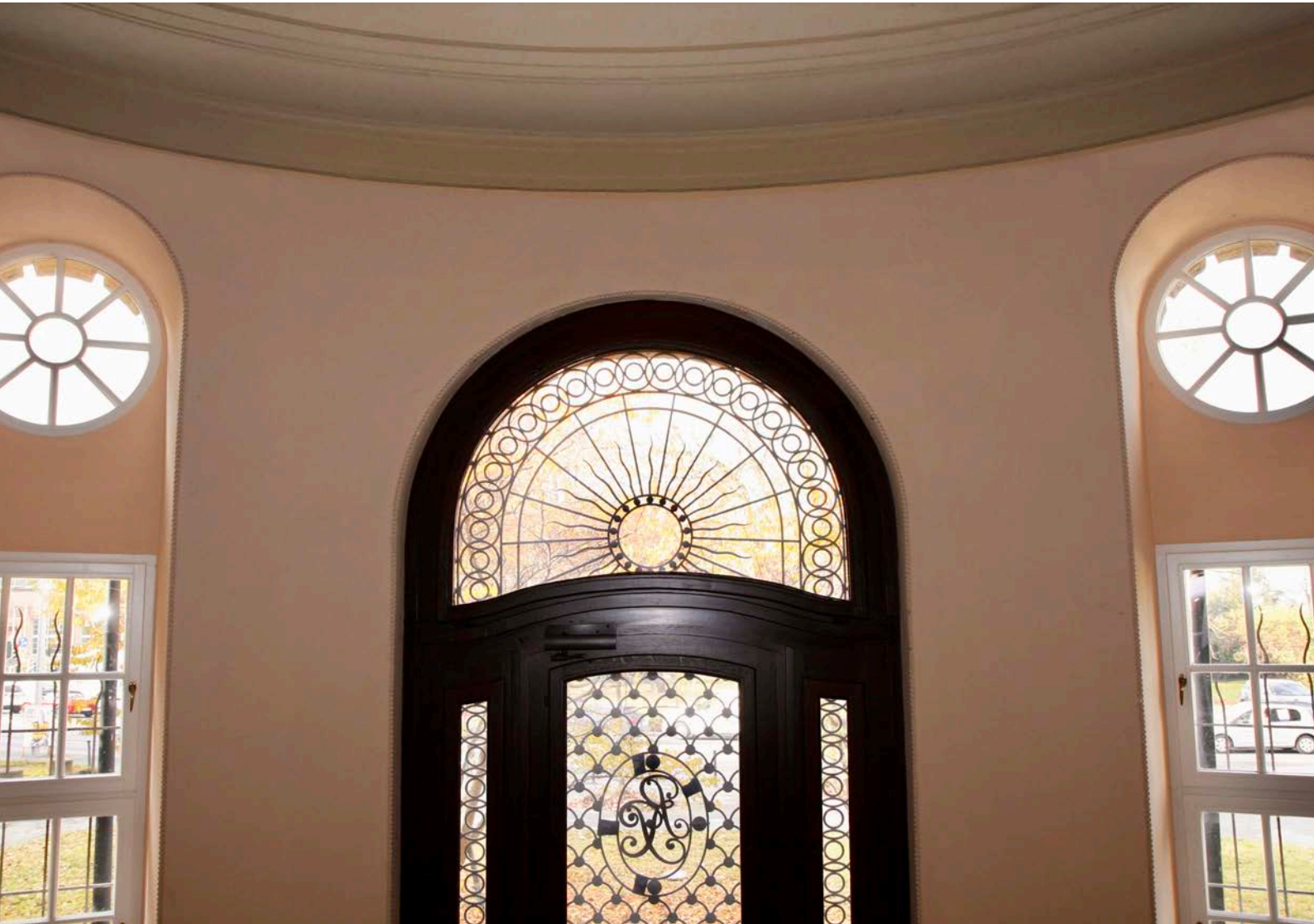
Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie NRW: Seite 33

thyssenkrupp Steel Europe AG: Seite 49-50

Olaf Schemhaus: Seite 62

Stiftung Lühlerheim: Seite 65





2021

Bezirksregierung Düsseldorf  
Cecilienallee 2  
40474 Düsseldorf